

**Die Zukunft der Europäischen Union
Umweltpolitik und Parteien in den
neuen Mitgliedstaaten**

Sonderteil EU-Rundschreiben

Jahrgang 13 (2004), Heft 02/03

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Redaktion

DNR Geschäftsstelle Berlin/

EU-Koordination und Internationales

Linda Pankow, Britta Steffenhagen, Nika
Greger, Annette Baumann, Matthias Bauer
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-85, -86, Fax -80
eMail: nika.greger@dnr.de
www.dnr.de

DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, www.dnr.de

Abonnement-Verwaltung

Thomas Kreuzberg, Geschäftsstelle Bonn
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de

Technik

Layout: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastartikel

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Kürzung und redaktio-
nelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehal-
ten. Mit Namen gezeichnete Beiträge ge-
ben nicht unbedingt die Meinung der Re-
daktion/des Herausgebers wieder.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird
und die Rechte Dritter gewahrt bleiben.
Die Redaktion freut sich über ein Beleg-
exemplar.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bun-
desumweltministerium und vom Umwelt-
bundesamt gefördert. Die Förderer über-
nehmen keine Gewähr für die Richtigkeit,
Genauigkeit und Vollständigkeit der Anga-
ben sowie für die Beachtung der Rechte
Dritter. Die geäußerten Ansichten und
Meinungen müssen nicht mit denen der
Förderer übereinstimmen.

4 Einführung

- Umweltbewegung und Grüne Parteien in Osteuropa

5 Länderberichte

5 Estland

8 Lettland

11 Litauen

14 Malta

16 Polen

19 Slowakei

22 Slowenien

25 Tschechien

28 Ungarn

30 Zypern

Für jedes Land:

- Umweltpolitik und EU-Recht: Stand der Angleichung der nationalen Politik an die EU-Umweltgesetzgebung; besondere Umweltprobleme
- Politisches System
- Grüne Parteien
- Parteienlandschaft: Regierung, Opposition, weitere Parteien

33 Service

- Adressen von wichtigen nichtstaatlichen Umweltorganisationen in allen 10 neuen EU-Staaten
- EU-(Umwelt-)Informationen im Internet

Umweltbewegung und Grüne Parteien in Osteuropa

Am 1. Mai 2004 sind zehn neue Länder der Europäischen Union (EU) beigetreten: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und der griechische Teil von Zypern. Bei den Europawahlen, die in der zweiten Juniwoche 2004 in der gesamten EU stattfinden, werden erstmals auch in den neuen Mitgliedsländern die Bürger/innen an die Urnen gebeten, um ihre Volksvertreter/innen ins Europaparlament zu entsenden.

In den 1980er Jahren entstand in vielen kommunistischen Staaten eine Umwelt-Protestbewegung, die sich insbesondere auf lokaler Ebene für eine sauberere Umwelt einsetzte. Eine Initialzündung auf nationaler Ebene war natürlich die Explosion des Atommeilers in Tschernobyl 1986.

Gleichzeitig stand diese umweltpolitische Protestbewegung als ein Symbol für den antikommunistischen Widerstand und hatte den Vorteil, nicht grundlegend "staatsfeindliche" Themen zu verfolgen. Dadurch gelang es den Aktivist/innen, durch Gründung von nicht-kommunistischen Umwelt-Organisationen "durch die Blume" mit dem Thema Umwelt politische Reformbemühungen zu verbinden.

Dadurch ergab sich auch mit dem Ende des kommunistischen Systems für die grünen Bewegungen in Osteuropa eine gute Ausgangsposition. Sie waren teilweise bereits organisiert und konnten als Teil des demokratischen Umbruchprozesses eine wichtige politische Rolle einnehmen. Im Anschluss entstanden in vielen Ländern Grüne Parteien, nicht wenige Vertreter/innen aus der einstigen Umweltbewegung übernahmen Regierungsverantwortung.

Knapp fünfzehn Jahre später muss allerdings festgehalten werden, dass Grüne Parteien in den EU-Beitrittsländern mit wenigen Ausnahmen wie Slowenien oder Lettland nur noch eine geringe Rolle spielen. ▶

Das liegt zum einen daran, dass Umweltschutz generell nur eine begrenzte Rolle während des Umbruchprozesses spielte. Umweltschutz war auf der einen Seite ein langfristig angelegter politischer Prozess, auf der anderen Seite ein symbolischer Widerstand gegen das kommunistische Regime. Umweltschutz ging nicht einher mit linker oder linksliberaler Politik, sondern wurde früh überlagert von realpolitischen Anforderungen wie beispielsweise Marktliberalisierung oder Sicherheitsinteressen.

Angesichts großer ökonomischer, sozialer und politischer Herausforderungen in ihren Ländern sehen auch viele Grüne Parteien die vorrangige Lösung dieser fundamentalen Probleme als dringendste Aufgabe, auf die Ökologie erst aufbauen kann. Dieser Ansatz von "Umweltschutz durch Modernisierung" führte jedoch de facto zu einer Schwächung der Umweltbewegung in den osteuropäischen Ländern.

Dazu kommt, dass ökologische Forderungen nach wie vor als kontraproduktiv gegenüber einem notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung angesehen werden. Mit wenigen Ausnahmen standen insbesondere die Umweltminister in der Schusslinie, und Grüne Parteien fanden sich sehr schnell mit Positionen konfrontiert, die sie nur schwer mittragen konnten. Hinzu kommt, dass gewachsene parteipolitische Ansichten und Programme fehlten und sich auch schnell mangelnde finanzielle und personelle Ressourcen bemerkbar machten.

Für alle postkommunistischen Staaten muss außerdem festgehalten werden, dass die grünen Bewegungen sich zunächst als Opposition zum herrschenden System entwickelt und verstanden haben und maßgeblich durch die eine Forderung nach mehr Umweltschutz zusammengehalten wurden. In der Umbruchphase kamen Zielkonflikte zwischen Umweltschutz und anderen Themen auf, die teilweise nicht gelöst werden konnten. Zudem blieb die Unterstützung durch die Bevölkerung oftmals aus, die dem Aufholen an westeuropäischen Standard Priorität einräumte und Umweltschutz als nachrangiges Politikziel ansah. ▶

Zu guter Letzt war und ist für einen Teil der grünen Bewegung die Gründung einer politischen Partei nie ein Ziel gewesen. Viele verstehen sich nach wie vor als außerparlamentarische Bewegung und bemühen sich, ihre umweltpolitischen Anliegen in Kooperation mit anderen nationalen und europäischen Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken umzusetzen.

Wir widmen diese Doppelausgabe den EU-Beitrittsländern und geben einen Überblick über das jeweilige politische System und die Parteien. Der Schwerpunkt unserer Betrachtung liegt dabei auf den grünen Parteien und der Umweltpolitik der Länder.

Grundlage unserer Einschätzungen sind unter anderem die Auswertung einer Umfrage, die wir an verschiedene Nichtregierungsorganisationen (NGO) in den einzelnen Ländern geschickt haben. Deutlich wurde dabei, dass es in fast allen Ländern oft gerade einzelne engagierte Politiker aus vorwiegend linken Parteien sind, die mit NGOs zusammenarbeiten und sich so aktiv für den Naturschutz und die Umwelt einsetzen. ■

Nika Greger, DNR Berlin,
Leiterin EU-Koordination/Internationales

Das Baltikum: Lettland, Estland, Litauen

Heute sind im Baltikum nur die lettischen Grünen (LZP) im Parlament und mit dem Umweltminister in der Regierung vertreten. Sie hatten für die Wahl am 5. Oktober 2002 mit der Bauernunion eine Liste gebildet, die auf 12 Mandate kam, von denen drei an die Grünen gingen.

Generell sind in Estland und Litauen die Grünen Parteien in der Phase der Neugründung. Die baltischen Grünen scheinen stärker auf die Zusammenarbeit im Ostseeraum als auf Europapolitik orientiert zu sein, wenngleich sie einen Beitritt ihrer Länder zur EU begrüßen. ■

ESTLAND

1. Umweltpolitik und EU-Recht

Estland hat durch die Verabschiedung wichtiger Rahmengesetze bei der Rechtsangleichung an die EU gute Fortschritte erzielt. Besondere Anstrengungen wurden zur Durchführung des nationalen Umweltaktionsplans und der Agenda 21 für den Ostseeraum unternommen. Mit dem nationalen Umweltaktionsplan wird auch sicher gestellt, dass die Umweltschutzmaßnahmen in den Prozess der Angleichung an EU-Recht einbezogen werden.

Trotz dieser Fortschritte ist Estland mit der Verabschiedung wichtiger Rahmengesetze (Luft, Strahlenschutz) im Verzug. Hinzu kommt, dass die für eine vollständige Umsetzung nötigen parlamentarischen Rechtsakte in den Bereichen Abfall, Naturschutz, Biozide und Chemikalien noch ausstehen. Umsetzungsverordnungen müssen vor allem in den Bereichen Abfall (Altautos, Abfallverbrennung, Verpackungsmüll und Deponien), Lärm, Verschmutzung durch Industrietätigkeiten und Chemikalien noch verabschiedet werden.

Darüber hinaus muss die Übernahme der EU-Gesetzgebung in den Bereichen der Nitratverschmutzung durch die Landwirtschaft, Verschmutzung durch Industrie sowie der Chemikalien und genetisch veränderten Organismen genau verfolgt werden. In dieser Hinsicht müssen die Kapazitäten des Umweltministeriums ausgebaut werden.

Umweltproblem Energiepolitik

Im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energie müssen noch sekundäre Rechtsvorschriften erlassen werden. Überdies sind weitere Anstrengungen zur Förderung erneuerbarer Energiequellen und zur Umsetzung der EU-Politik in diesem Bereich erforderlich. Vor allem die alternativen Energieträger stecken noch in den Kinderschuhen: Bei der Gewinnung von Wärme und Elektrizität kommt nur ein verschwindend geringer Anteil aus erneuerbaren Energien. ▶

Erste Ansätze, um das Ziel von fünf Prozent an alternativen Energieträgern bis 2010 zu erreichen, sind aber erkennbar: Durch verstärkten Einsatz von Windkraft (seit Oktober 2002 arbeitet eine von der Bundesrepublik Deutschland geförderte Windkraftanlage an der Westküste) und Biomasseanlagen sollen die Weichen hierfür gestellt werden.

Umweltproblem Luftverschmutzung

Eines der größten Umweltprobleme besteht in der anhaltenden Luftverschmutzung in der Region Ida-Virumaa im Nordosten des Landes. Bei der Verbrennung von Ölschiefer, die etwa 90 % der Strom- und Wärmeversorgung sichert, entstehen 88 % des Gesamtausstoßes an Stickstoff und 95 % des Staubs (feste Partikel) in Estland. Im Rahmen des EU-Beitritts wurde festgelegt, dass bis zum Jahr 2012 der gesamte Ölschieferverbrennungssektor restrukturiert werden muss. Maßnahmen dafür werden unter anderem die Modernisierung der großen Kraftwerke sein, um dem europäischen Standard bei Effizienz und Schadstoffausstoß gerecht werden zu können. Damit wurde mit Hilfe ausländischer Finanzmittel, u.a. mit einem Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 90 Mio. Euro, bereits begonnen.

Umweltproblem Abfallpolitik

Die Abfallwirtschaft ist dem steigenden Konsummüll und den neuen Anforderungen an eine saubere und moderne Abfallvernichtung und -verwertung nicht gewachsen. Die Zahl der Mülldeponien wird ständig verringert, da die meisten veralteten Deponien nicht den EU-Standards angepasst werden können. Wegen den steigenden Kosten und der insbesondere im ländlichen Raum noch nicht befriedigend geregelten Entsorgungssysteme entstehen landesweit immer mehr wilde Deponien. Bisher werden erst etwa zehn Prozent des anfallenden Mülls wiederverwertet. Seit Beginn dieses Jahres gibt es immerhin Sammelsysteme für organischen Abfall in größeren Städten, kleinere Gemeinden sollen später folgen. ▶

2. Politisches System

- Regierungsform: Republik, Parlamentarische Demokratie.
- Verfassung: stammt vom 28. Juni 1992. In ihr sind Grundrechte und Gewaltenteilung gewährleistet, sowie gleiche Grund- und Freiheitsrechte für Esten und Nicht-Esten. Der gesetzlich verankerte Minderheitenschutz entspricht modernem europäischem Standard.
- Staatspräsident: zeremonielles Staatsoberhaupt (mit stärkeren Befugnissen als deutscher Bundespräsident), wird von Parlament (1. bis 3. Runde) oder von einem Wahlmänner-Gremium (4. und weitere Runden) für fünf Jahre Amtszeit gewählt.
- Parlament: "Riigikogu" (Staatsrat); zuletzt gewählt am 2. März 2003 (Wahlbeteiligung: 58 %), besteht aus 101 Abgeordnete, die für vier Jahre durch Verhältniswahlrecht gewählt werden (die nächste Wahl Anfang 2007).
- Verwaltungsstruktur des Landes: zweistufiger Verwaltungsaufbau: unterhalb der Zentralregierung gibt es von der Regierung ernannte Landräte in insgesamt 15 Landkreisen (205 Gemeinden, 42 Städte, eine Verwaltungsreform ist geplant).
- Verwaltungsgliederung: 15 Regionen, 6 Stadtbezirke.

Seit dem 8. Oktober 2001 ist Arnold Rüütel Präsident (die nächste Wahl findet 2006 statt), seine Stellvertreterin ist die Parlamentspräsidentin Ene Ergma.

Regierungschef Juhan Parts von der Partei Res Publica führt die politischen Geschäfte seit dem 10. April 2003. Die Außenministerin ist Kristiina Ojuland von der Reformpartei, die am 28. Januar 2002 ihr Amt angetreten hat.

3. Grüne Parteien

In Estland gibt es gegenwärtig keine Grüne Partei. Zwar haben alle Parteien spezielle Kapitel zur Umweltpolitik in ihren Parteiprogrammen, laut estnischen NGOs setzt sich jedoch keine dieser Parteien in der Realität und der alltäglichen Politik für den Umweltschutz ein. Vor allem die rechten und liberalen Parteien, die das Land seit vielen Jahren regieren, legen ihren Schwerpunkt auf eine möglichst schnelle marktwirtschaftliche Entwicklung, statt auf Umweltthemen. ▶

Dafür ist der NGO-Sektor in Estland sehr aktiv und arbeitet als Netzwerk zusammen. Es bestehen des weiteren Kooperationen zwischen NGOs und einzelnen Politikern aus dem Umweltministerium, aber auch dem Wirtschafts-, Verkehrs- und Landwirtschaftsministerium.

In Estland gibt es etwa 21 Parteien, von denen im folgenden nur die größeren Parteien vorgestellt werden.

4. Parteienlandschaft

Das Fehlen großer Volksparteien und die Konkurrenz um gleiche Wählergruppen sowie die daraus resultierende Vielzahl möglicher Koalitionen hat zu einer Reihe von Regierungswechseln geführt (seit Unabhängigkeit 1991 gab es neun Regierungen). Die bisherigen Regierungen waren sich jedoch im Bemühen um die Transformation der überkommenen Planwirtschaft in eine offene Marktwirtschaft sowie um möglichst schnelle Integration Estlands in euro-atlantische Strukturen einig.

Regierung:

Ühendus Vabariigi Eest - Res Publica (Union für die Republik)
(konservativ)
25 %, 28 Sitze.

Res Publica ist die älteste politische Organisation Estlands und wurde 1989 als ein Verein junger politischer Enthusiasten gegründet. Res Publica gründete sich am 8. Dezember 2001 neu und ist nun eine der estnischen Parteien mit dem stärksten Zuwachs. Bei den Lokalwahlen 2002 wählten fast ein Viertel der Esten Res Publica. Damit ist die Partei die drittgrößte Estlands.

Nach den Wahlen 2003 bildet Res Publica die Regierungskoalition zusammen mit der Reformpartei und der Bürgerliga.

Die Ideologie der Partei beruht auf drei Prinzipien: der Mensch steht im Mittelpunkt der Politik, diese ist auf die Zukunft gerichtet und bezieht die Menschen bei den Entscheidungsfindungen mit ein. Diese Grundsätze sind auch in der Koalitionsvereinbarung enthalten. ▶

Aus dem Parteiprogramm:

"VI. Ländliche Entwicklung und Umwelt:

Die Landbevölkerung bildet fast ein Drittel der Estnischen Bevölkerung. Deshalb erachten wir die Erhaltung der ländlichen Strukturen für sehr wichtig und können das ländliche Leben nicht nur nach Indikatoren ökonomischer Effizienz bewerten. In der Vision der Partei bedeutet ländlicher Raum eine saubere und gesunde Umwelt, die Management und Entwicklung ermöglicht, sowie eine optimale Mischung von Ballungsräumen und gering besiedelten Flächen.

Wir sehen Umweltschutz nicht als eine separat existierende Politik oder soziale Bewegung, sondern als einen entscheidenden Teil der Entwicklung von Humanität und Gesellschaft. Unser Ziel ist es, irreversible Schäden in der Umwelt zu vermeiden und ihre maximale Vielfalt zu erhalten. Anwohner, Unternehmen, gemeinnützige Organisationen sollten in ihren Gemeinden beim bei der Entscheidungsfindung, Durchführung und Kontrolle in allen Fällen mit einbezogen werden. [...]

Zwar kann die Infrastruktur in weniger besiedelten Gebieten nicht für alle Menschen gleich gut verfügbar sein, dennoch müssen alle ihren Arbeitsplatz, ihre Wohnung, die Schulen oder kulturelle Veranstaltungen mit einem zumutbaren Zeitverlust erreichen können. In manchen Situationen halten wir direkte Entschädigungen für notwendig, um Wettbewerbsnachteile, die durch den Ort oder Produktionsprozesse verursacht werden, auszugleichen oder zu senken [...]."

**Reform - Eesti Reformierakond
(Estnische Reformpartei)**

(liberal)
18 %, 19 Sitze.

Kontakt und weitere Informationen:
www.reform.ee
(keine englischen Informationen)
eMail: info@reform.ee

**Eestimaa Rahvaliit
(Estnische Bürgerunion/Volkunion)**

(konservativ, landwirtschaftlich)
13 %, 13 Sitze.

Kontakt und weitere Informationen:
www.eri.ee
(keine englischen Informationen)
eMail: eri@eri.ee

Opposition:

**Kesk - Eesti Keskerakond
(Estnische Zentrumspartei)**

(Mitte, liberal)
Vorsitz: Edgar Savisaar
25 %, 28 Sitze.

Gegründet am 12. Oktober 1991 ging die Estnische Zentrumspartei aus den ersten freien demokratischen Wahlen als Sieger hervor. Im Dezember 1994 trat die Estnische Unternehmerpartei der Zentrumspar-
tei bei und im Mai 1998 die Grüne Partei. Seit dem gibt es keine eigene Grüne Partei mehr in Estland.

Kontakt und weitere Informationen:
www.keskerakond.ee
(keine englischen Informationen)
eMail: mart@keskerakond.ee

**Erakond Isamaaliit (Partei
Vaterlandsunion / Pro-Patria Union)**

(konservativ, christdemokratisch)
7,3 %, 7 Sitze.

Die Vaterlandsunion wird als pro-europä-
isch und konservativ beschrieben. Sie will
beispielsweise die Geburtenrate in Estland
steigern, Familien stärken und die estni-
sche Sprache erhalten.

Kontakt und weitere Informationen:
www.isamaaliit.ee
(keine englischen Informationen)
eMail: isamaaliit@isamaaliit.ee

**Rahvaerakond Mõõdukad (Gemäßigte
Bürgerpartei)**

(sozialdemokratisch)
7 %, 6 Sitze.

Kontakt und weitere Informationen:
www.moodukad.ee/sotsdem
(keine englischen Informationen)
eMail: rahvaerakond@moodukad.ee

**Nicht im Parlament vertretene
Parteien:**

**Estima Ühendatud Rahvapartei/
Ob'edinennaya Narodnaya Partiya
Estonii (Estnische Vereinigte
Volkspartei - Russische Minderheit)**
(sozialdemokratisch)

Entsprechend ihrem Parteiprogramm folgt
die Partei dem Prinzip der sozialen
Marktwirtschaft und will die Ausbildung
einer Zivilgesellschaft unterstützen. Ge-
mäß ihrem Klientel, der russischen Min-
derheit, setzt sich die Volkspartei vor
allem für eine bessere Integration von
Nicht-Esten in die Gesellschaft ein.

Kontakt und weitere Informationen:
www.eurp.ee/eng
(auch ausführliches Parteiprogramm)
eMail: eurp@eurp.ee

**Eesti Kristlik Rahvapartei
(Estnische Christliche Bürgerpartei)**
(christdemokratisch)

Die christliche Bürgerpartei zitiert auf
ihrer Website die Bibel und ist den christli-
chen Werten verpflichtet.

Kontakt und weitere Informationen:
www.ekrp.ee
(keine englischen Informationen)
eMail: ekrp@ekrp.ee

**Eesti Sotsiaaldemokraatlik Tööpartei
(Estnische Sozialdemokratische
Arbeiterpartei)**

Gegründet am 28. November 1992 als
Estnische Demokratische Arbeiterpartei
wurde sie 1997 in Estnische Sozialdemo-
kratische Arbeiterpartei umbenannt. Die
Partei schickte 2003 nur einen Abgeord-
neten ins Parlament. Es ist die am weites-
ten links stehende Partei Estlands, ein
Grüner Flügel der Partei wird gerade
gegründet. Die Partei hat Kontakte mit
anderen sozialdemokratischen Parteien.

Kontakt und weitere Informationen:
www.esdtp.ee
eMail: esdtp@hotmail.ee

VP - Vabariiklik Partei (Republikaner)

Gegründet am 12.10.1999, sind die
Republikaner erklärte EU-Gegner mit drei
generellen Prinzipien: Europaskepsis,
Nationalismus, Konservatismus.

Kontakt und weitere Informationen:
www.hot.ee/vabpar
eMail: leping.vp@mail.ee

**Rahvuslik Konservatiivne (Nationale
Konservative Partei / Bauernverband)**

Gegründet vom estnischen Club der Kon-
servativen und dem Bauernverband we-
gen der Unzufriedenheit über die Arbeit
der regierenden Vaterlandsunion, hat die
NKP die gleichen Ziele wie die Vaterlands-
union: Geburtenrate heben, Familienwerte
stärken, Sprache erhalten. Die Partei
fordert eine gleichberechtigte Partner-
schaft mit der EU.

Kontakt und weitere Informationen:
www.konservatiivid.ee
(keine englischen Informationen)
eMail: konservatiivid@konservatiivid.ee

**Weitere Informationen zu Parteien in
Estland:**

www.electionworld.org/partylinks.htm
"Estonia"
[www.aillyacum.de/Dt/
Wahlen-Europa/Info.html](http://www.aillyacum.de/Dt/Wahlen-Europa/Info.html)

LETLAND

1. Umweltpolitik und EU-Recht

Lettland hat vor allem in den Bereichen Wasserqualität, Abfallwirtschaft, Naturschutz und Lärm gute Fortschritte bei der Angleichung an die EU-Gesetzgebung gemacht und ist bei der Schaffung der dafür notwendigen Verwaltungskapazitäten gut voran gekommen.

Im Mai 2002 wurde ein neues Amt für Naturschutz geschaffen, im Juni 2002 das Kioto-Protokoll ratifiziert, im August 2002 die Strategie für nachhaltige Entwicklung angenommen und im Januar 2002 ein integriertes Genehmigungssystem zur Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzungen eingeführt. Lettland hat die Umsetzung des Aktionsprogramms für nachhaltige Entwicklung weiter vorangetrieben und unter dem Vorsitz des Premierministers ein Rat für nachhaltige Entwicklung eingesetzt.

Es besteht aber noch ein großer Nachholbedarf im Vergleich mit den alten EU-Staaten. Die personelle Ausstattung der lettischen Institutionen, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen sowie der Kenntnisstand über die Umweltschutzbestimmungen der EU sind noch unzureichend.

Umweltproblem Energiepolitik

Zur weiteren Verbesserung der Energieeffizienz und stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich. Die staatliche Energieaufsicht muss gestärkt werden.

Umweltproblem Landwirtschaft

Die langsamen Fortschritte bei der Bodenreform bremsen noch immer die Entwicklung des Agrarsektors in Lettland und erschweren die GAP-Verhandlungen. Lettland hat erste Schritte für den Aufbau der Verwaltungsstrukturen der Rechtsangleichungen im Agrarbereich unternommen, doch es bleibt noch viel zu tun. Die Beschäftigung in der Landwirtschaft ist in den letzten Jahren zurückgegangen und hat ein Anteil von 15 % der Gesamtbeschäftigung. ▶

2. Politisches System

- Regierungsform: Republik, Parlamentarische Demokratie.

- Verfassung ("Satversme"): stammt ursprünglich aus dem Jahr 1922 und wurde am 21. August 1991 mit kleinen Änderungen wieder in Kraft gesetzt.

- Staatspräsident: übernimmt repräsentative Aufgaben und die Vergabe des Auftrags zur Regierungsbildung, das Recht zur Gesetzesinitiative, die Zurückverweisung von verabschiedeten Gesetzen zur erneuten Behandlung durch das Parlament, die Einberufung von außerordentlichen Kabinettsitzungen, das Recht die Auflösung der Saeima in die Wege zu leiten (allerdings Bestätigung durch Referendum erforderlich; bei negativem Ausgang automatische Entlassung des Staatspräsidenten). Seit dem 7. Juli 1999 ist Vaira Vike-Freiberga Staatspräsidentin.

- Parlament (Saeima): hat große politische Kompetenzen (wählt z.B. sämtliche Richter und den Staatspräsident). Das Parlament hat eine Kammer, das Saeima besteht aus 100 Abgeordneten. Zuletzt gewählt wurde am 5. Oktober 2002 für vier Jahre durch Verhältniswahl (Wahlbeteiligung 72 %). Parlamentspräsidentin: Indrida Udre (Grüne/Bauernpartei).

- Regierung: Lettland hat seit 10. März 2004 den ersten grünen Regierungschef Europas, Indulis Emsis vom Parteibündnis die Grünen/Bauernverband, Außenminister ist seit dem 7. November 2002 Sandra Kalniete (parteilos).

- Verwaltungsstruktur des Landes: Zentralstaat mit begrenzter örtlicher Selbstverwaltung; 26 Distrikte, sieben Stadtverwaltungen; Lettland ist ein Zentralstaat, die Gemeinden haben einen relativ begrenzten Kreis von Zuständigkeiten.

- Minderheiten: In Lettland gibt es viele Einwohner, die nicht die lettische Staatsbürgerschaft haben, weshalb die Gesellschaft auf eine Weise "zweigeteilt" ist. Viele Parteien (besonders die sozialen) beschäftigen sich mit dem Thema ihrer Integration. ▶

3. Grüne Parteien

Latvijas Zala Partija (Lettische Grüne Partei):

Die Lettischen Grünen sind zusammen mit der Bauernunion als ZZS - Zalo un Zemnieku savieniba (Vereinigung der Grünen und Bauern) mit 12 Sitzen an der Regierung beteiligt.

Am 13.1.1990 gegründet, haben die Grünen nur 450 Mitglieder, davon die Hälfte Frauen. Vizevorsitzende sind Indulis Emsis, Viesturs Silenieks und Raimonds Vejonis. Vor den Wahlen zur 8. Saeima bekamen die Grünen mehrere Angebote von anderen Parteien, eine gemeinsame Liste zu bilden. Nach mehreren Gesprächen entschied man sich für die Bauernunion, auch um Wähler in den Städten (traditionelle Grünen-Wähler) und auf dem Land (traditionelle Wähler der Bauernunion) gemeinsam zu erreichen. Ingrida Udre führte den Wahlkampf an.

Die Vereinigung aus Grünen und Bauern bekam bei den Wahlen am 5. Oktober 2002 auf 9,5 % der Stimmen und somit 12 Sitze im Parlament, davon gingen drei an die Grünen. Im Umweltministerium Lettlands sitzt ein Grüner (Raimonds Vejonis).

Kontakt und weitere Informationen:

www.europeangreens.org

www.zp.lv/info.asp

(Der englische Teil der Website enthält keine Partei-Informationen, nur Hinweise auf Aktionen)

eMail: birojs@zp.lv

4. Parteienlandschaft

Es gibt ein breites Parteienspektrum mit über 16 Parteien, von denen einige sehr klein und unbedeutend sind, andere in einem Bündnis mit anderen Parteien zusammengeschlossen. Es gibt keine dominierenden Parteien - einige ehemaligen Regierungsparteien sind heute schon wieder unbedeutend. Aus der ständig wechselnden Parteienlandschaft Lettlands werden im folgenden nur die momentan wichtigsten herausgegriffen und kurz vorgestellt.

Regierung:

ZZS - Zālo un Zemnieku savienība (Vereinigung der Grünen und Bauern) 12 Sitze.

Die Koalition aus den bürgerlichen Grünen und dem Bauernverband hat im März 2004 die bis dahin regierende Koalition aus "Neue Zeit" und "Für Vaterland und Freiheit" mit Einars Repse an der Spitze abgelöst. Die Vereinigung der Grünen und Bauern regiert nun mit Unterstützung der "Ersten Partei" und "Volkspartei" in einer Minderheitsregierung (mit Indulis Emsis an der Spitze).

Latvijas Zāla Partija (Lettische Grüne Partei) s.o.

JL - Jaunais laiks (Neue Zeit)

(Mitte)
Vorsitz: Einars Repse; 26 Sitze.

Schwerpunkte des Parteiprogramms sind der Kampf gegen Korruption, der Aufbau leistungsfähiger staatlicher Strukturen und eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die weiteres Wachstum ermöglicht und die soziale Lage verbessert.

Die Partei "Neue Zeit" ist die stärkste im Regierungsbündnis.

Kontakt und weitere Informationen:
www.jaunaislaiks.lv
(keine englischen Informationen)
eMail: birojs@jaunaislaiks.lv
einars@jaunaislaiks.lv

Latvijas Zemnieku savienība (Lettische Bauernunion)

Kontakt und weitere Informationen:
www.lzs.lv
(keine englischen Informationen)
eMail: lzs@latnet.lv

LPP - Latvijas Pirma Partija (Lettlands Erste Partei)

10 Sitze.

Kontakt und weitere Informationen:
www.lpp.lv/new/index.php
(keine englischen Informationen)
eMail: lpp@lpp.lv

KDS - Kristīgi Demokrātiska savienība (Christdemokratische Union)

Kontakt und weitere Informationen:
www.kds.lv
(keine englischen Informationen)
eMail: kds@kds.lv

TB/LNNK - Apvienība "Tevzemei un Brīvībai"/LNNK (Bündnis Vaterland und Freiheit)

(national, konservativ)
7 Sitze.

Das Bündnis Vaterland und Freiheit ist die einzige Partei der Regierungskoalition, die auch schon an der vorherigen Regierung beteiligt war.

Kontakt und weitere Informationen:
www.kds.lv
(keine englischen Informationen)
eMail: tb@tb.lv

Opposition:

TP - Tautas partija (Volkspartei - konservativ, reformistisch)

20 Sitze.

Gegründet am 2. Mai 1998 gewann die Partei die Wahlen zur 7. Saeima mit 24 Abgeordneten. Auf europäischer Ebene arbeitet sie mit den konservativen Volksparteien zusammen. Zu Beginn der Beitrittsverhandlungen im Dezember 1999 war die Volkspartei in der Regierung (2002: 4000 Mitglieder).

Die Grundsätze der Volkspartei sind: Freiheit, Gerechtigkeit und Privateigentum. In ihrem Parteimanifest fordern sie außerdem: "Unser Ziel ist es sicherzustellen, dass eine Familie, in der beide Elternteile arbeiten, in acht Jahren drei Kinder erziehen kann." Die Partei hat keinen Schwerpunkt auf die Umweltpolitik.

Kontakt und weitere Informationen:
www.tautaspartija.lv (mit einem umfassenden Parteienprogramm)
eMail: arno@tautaspartija.lv

PCTVL - Par cilvēka tiesībām vienota Latvija (Menschenrechtsbündnis)

8 Sitze.

Das Bündnis besteht aus "Ravnopravīje" (Gleichheit), Lidztiesība savienība (LS) und der Latvijas Sociālistiskā Partija (Lettische Sozialistische Partei).

Gegründet wurde das Bündnis am 15. Januar 1994 (aus der politischen Bewegung "Gleiche Rechte"). ▶

Latvijas Socialistiska Partija (Lettische Sozialistische Partei)

Die LSP unterstützt eine "sozial geschützte Gesellschaft" auf Basis der Marxistischen Theorie. Die Partei unterstützt die Rechte der Arbeiterklasse unter dem Parteimotto: "Für soziale Sicherheit und gleiche Rechte für jeden". Die LSP will in Lettland eine multinationale Gesellschaft unterstützen, kämpft gegen Faschismus und Totalitarismus und bezeichnet sich als demokratisch, frei und auf europäische/internationale Standards ausgerichtet.

Die Partei ist gegen die Zweiteilung der Gesellschaft in Letten und Nicht-Letten und möchte allen Menschen, die seit dem 4. Mai 1990 Einwohner von Lettland sind, die Staatsbürgerschaft ermöglichen.

Kontakt und weitere Informationen:
www.vide.lv/lsp
eMail: treikals@mail.bkc.lv

Tautas Saskaņas Partija - TSP (Partei der Volksharmonie)

(Mitte)
17 Sitze.

Die Partei beschreibt sich selbst als modern, demokratisch und solidarisch ("verteidigt die Werte der Sozialdemokratie") und vereint Wähler aus allen Schichten und Bevölkerungsgruppen. Zu den wichtigsten Zielen der Partei zählen: Freiheit für alle, Reichtum, Sicherheit, Stabilität und Solidarität.

Kontakt und weitere Informationen:
www.tsp.lv
eMail: tsp@tsp.lv

Weitere Informationen zu Parteien in Lettland:

www.electionworld.org/partylinks.htm
"Lithuania"



LITAUEN

1. Umweltpolitik und EU-Recht

Insgesamt hat Litauen gute Fortschritte bei der Angleichung der nationalen Politik an die EU-Umweltgesetzgebung gemacht und die für die Umsetzung erforderlichen Verwaltungskapazitäten geschaffen. Jedoch ist es nach wie vor erforderlich, die Koordination zwischen den einzelnen Verwaltungsstellen zu verbessern sowie die Qualifizierung der Mitarbeiter in den Behörden zu beschleunigen.

Die nationale Kommission für nachhaltige Entwicklung hat eine Arbeitsgruppe speziell für die Ausarbeitung der Strategie für nachhaltige Entwicklung eingesetzt. Bereits 1998 wurde das Kioto-Protokoll ratifiziert. Auch in der Erhöhung der Sicherheit von Atomkraftwerken wurden Fortschritte erzielt. Umsetzungsdefizite bestehen vor allen in den Bereichen Chemikalien und Gentechnik.

2. Politisches System

- Staats-/Regierungsform: Präsidiale Republik (parlamentarische Demokratie, ausgeprägte präsidiale Elemente).
- Verfassung: wurde am 25. Oktober 1992 durch ein Referendum angenommen.
- Staatsoberhaupt: Präsident, Rolandas Paksas, Amtsantritt 26.2.2003. Die nächste Wahl ist 2007.
- Regierungschef: Algirdas Brazauskas, Seit 2001 unter einer sozialdemokratischen Koalition, Außenminister: Antanas Valionis, Neue Union (Sozialliberale). Die nächsten Wahlen sind 2004.
- Parlament: "Seimas", Einkammerparlament (Lietuvos Respublikos Seimas), Wahl alle vier Jahre, 141 Abgeordnete. Die letzten Wahlen waren am 8. Oktober 2000, die Wahlbeteiligung lag bei 56 %.
- Verwaltungsgliederung: 10 Bezirke.

Nach jahrelanger konservativer und liberaler Regierung ging die Regierungsverantwortung im Juli 2001 an eine sozialdemokratisch-sozialliberale Koalition unter Ministerpräsident Brazauskas über. Wichtigste innenpolitische Ziele sind die Vorbereitung des EU-Beitritts und die Privatisierung der staatlichen Wirtschaft. ▶

3. Grüne Parteien

In Litauen gibt es nur eine kleine Grüne Partei, die bis jetzt relativ unbedeutend ist. In den Parteiprogrammen einiger anderer Parteien wird das Thema Umwelt zwar behandelt, generell aber nicht als wichtiges politisches Thema gesehen. Aus NGO-Kreisen heißt es zusätzlich, dass es überhaupt keine Kooperation zwischen Politikern und NGOs gibt.

4. Parteienlandschaft**Regierung:**

Die Regierung in Litauen setzt sich zusammen aus der Sozialdemokratischen Koalition (51 Sitze), der Neuen Union (Sozialliberale) (27) mit Unterstützung durch die Bauernpartei/Neue Demokratie (7).

A. Brazausko socialdemokratine koalicija (Sozialdemokratische Koalition)

Die Koalition besteht aus der Lietuvos demokratinė darbo partija - LDDP (Demokratische Arbeiterpartei von Litauen, sozialistisch), der Lietuvos socialdemokratinė partija - LSDP (Litauische Sozialdemokratische Partei, sozialdemokratisch, Vorsitzender: Algirdas Brazauskas), der Naujosios demokratijos partija - NDP (Neue Demokratische Partei) und der Lietuvos rusų sąjunga - LRS (Litauisch-Russische Union, Minderheit).

Innerhalb der Koalition ist die LSDP eine der einflussreichsten politischen Kräfte. Die Vertreter der LSDP pflegen enge Kontakte mit der Sozialistischen Internationale, der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und anderen ausländischen Schwesterparteien. ▶

Aus dem Parteiprogramm der LSDP:

"Die Fusion der Litauischen Demokratischen Arbeitspartei zu Beginn des Jahres 2001 hat nicht nur den Einfluss der Partei im politischen Leben Litauens vergrößert, sondern auch ihr internationales Ansehen verbessert. Obwohl die LSDP bis Mitte 2001 in der Opposition war, hat sie sich durch ihre internationalen Kontakte um die erfolgreiche Verwirklichung der außenpolitischen Ziele und Prioritäten Litauens ständig bemüht.

Mit der Bildung des neuen Ministerkabinetts Mitte 2001 ist die Verantwortung der LSDP für die Außenpolitik ihrer Regierung noch größer geworden."

Grundsätze aus dem Parteiprogramm der LSDP

- Prinzipien der Sozialistischen Internationale.
- Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität.
- Sozial orientierte Marktwirtschaft, Bildung und Arbeit für alle.
- "Wir ... streben nach Gleichgewicht zwischen Individualismus und Gemeinwesen, zwischen Konkurrenz und Solidarität, zwischen Freiheit und Verantwortung."

Umweltschutz: Im gesamten Parteiprogramm der sozialdemokratischen Koalition findet sich kein Absatz zu Umweltschutz.

Kontakt und weitere Informationen:
www.lsdpl.lt
 eMail: gintautas.mikolaitis@lrs.lt
 (Umweltbeauftragter der Fraktion im Parlament)



Geschichte der sozialdemokratischen Koalition

Die Litauische Sozialdemokratische Partei wurde bereits am 1. Mai 1896 gegründet und 1923 in die Sozialisten- und Arbeiterinternationale aufgenommen. 1925 hatte die LSDP 1.500 Mitglieder und 145 eingetragene Organisationen.

Am 6. Februar 1936 wurde die Partei verboten. Zur Zeit der Nazionalsozialistischen Okkupation haben die Sozialdemokraten 1943 die Gründung des VLIK (Befreiungskomitee Litauens) mit initiiert.

Ab 1945 waren die Mitglieder der Partei vor allem im Ausland mit einem Zentrum in den USA tätig bis zu ihrer Neugründung am 12. August 1989.

Seit Ende des Kalten Krieges hat die LSDP den Wiederaufbau des litauischen Staates unterstützt. Von 1992-1996 hatte die sie die Mehrheit im Seimas und bildete die Regierung. 1996-2000 waren die Sozialdemokraten in der Opposition. Bei der letzten Parlamentswahl am 12. Juli 2001 wurde dann wieder eine Koalitionsregierung aus LSDP und Neuer Sozialliberaler Union unter Leitung des LSDP-Vorsitzenden Algirdas Brazauskas vereidigt.

Naujoji sąjunga - NS (socialliberalai) (Neue Union - sozial-liberal)

20 %, 28 Sitze.

Kontakt und weitere Informationen:
www.nsjunga.lt
(keine englischen Informationen)
eMail: nsinfo@lrs.lt,
centras@nsajunga.lt

Lietuvos liberalu sąjunga - LLS (Litauische Liberale Union)

17 %, 33 Sitze.



Tevynės sąjunga - TS - Lietuvos konservatoriai (Heimatlandunion - Konservative Litauens)

8,6 %, 9 Sitze.

Die Heimatlandunion ist ein Zusammenschluss aus der KDS - Krikscionių demokratų sąjunga (Christdemokratische Union, christdemokratisch) und der LKDP - Lietuvos krikščionių demokratų partija (Litauische Christdemokratische Partei, christdemokratisch).

Aus alten christlichen Verbindungen entstanden, stellten sie 1920-1926 die Regierung, ab 1922 auch den Präsidenten. Nach der Annexion durch die Sowjetunion verboten, entwickelte sich ab 1946 eine "Litauische Christdemokratische Union" mit "Sitz" in Westdeutschland, die ab 1989 wieder in Litauen aktiv wurde.

Am 12. Mai 2001 vereinigten sich die KDS und die LKDP zur TS. Das Bündnis ist seit 1993 Mitglied der "European Christian Democratic Union" und der "Christian Democracy International", seit 1998 assoziiertes Mitglied der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP).

Ihre Werte (aus dem Parteiprogramm): Familie, Humanität, soziale Gerechtigkeit, Frieden, christliche Werte, nationaldemokratisches Selbstbewusstsein, Freiheit und Verantwortlichkeit des Einzelnen, Gleichheit, Solidarität, Pro-EU.

Umweltschutz: Das Bündnis folgt den Prinzipien "Wer zerstört, zahlt" und "Der Müllverursacher bezahlt den Müllentsorger". Die Partei nennt im Programm viele umweltpolitische Aufgaben, z.B. Abschaltung des Atomkraftwerks Ignalina, Wasserreinigung, Verminderung chemischer Abfälle, Schutz der Wälder.

Kontakt und weitere Informationen:
www.tslk.lt
(keine englischen Informationen)
eMail: informacija@tsajunga.lt
tslk@lrs.lt
LKDP:
www.lkdp.lt (auch englisch)
eMail: lkdp@takas.lt



Lietuvos krikdeionys demokratai - LKD (Litauische Christdemokraten)

4,2 %, 1 Sitz.

Lietuvos valstiecių partija - LVP (Litauische Kleinbauernpartei)

4,1 %, 4 Sitze.



Opposition und weitere Parteien:**Lietuvos liberalu sąjunga - LLS
(Litauische Liberale Union)**

Grundsätze aus dem Parteiprogramm:

- persönliche Freiheit des Einzelnen,
- Privatbesitz,
- freier Glaube,
- Verantwortlichkeit,
- Liberalismus (staatliche Nichteinmischung wird propagiert).

Umweltschutz: Die Partei folgt dem Prinzip "Wer verschmutzt, zahlt", wobei die Zahlungen für Umweltschutz verwendet und bessere Kontrollen durchgeführt werden sollen.

Kontakt und weitere Informationen:
www.lls.lt (mit ausführlichem Parteiprogramm)
 eMail: lls@lls.lt
 Umweltpolitischer Sprecher:
 Kęstutis Vilutis
 eMail: kvilutis@hotmail.com

**Nuosaikiuju konservatorių sąjunga - NKS
(Moderate Konservative Union)**

Die Union, die sich selbst als pro-EU und pro-NATO bezeichnet, setzt sich vor allem für Wohlstand und Wachstum, eine moderne Wirtschaftspolitik und soziale Sicherheit ein. Sie verspricht sachliche Zusammenarbeit mit den anderen politischen Kräften und die Unterstützung der NGOs. Außerdem will sie unter anderem spezielle vom Staat und den Gemeinden finanzierte Programme zur Förderung der Klein- und Mittelunternehmen, der Landwirte, des Gewerbes, sowie der Exportwirtschaft verwirklichen.

Zum Thema Umwelt hat die Konservative Union keine Informationen im englischen Teil des Programms.

Kontakt und weitere Informationen:
www.nks.lt (ausführliches Programm)
 eMail: info@nks.lt

Lietuvos Politinių Kalinių ir Tremtinių Sąjunga - LPKTS (Litauische Politische Gefangene und Deportierte)

Bei der LPKTS handelt es sich um eine Vereinigung ehemaliger sowjetischer Gefangener und Sibirien-Deportierter. Den Vorsitz hat P. Jakucionis, zur Zeit gibt es ca. 50.000 Mitglieder. Die Union wurde am 30. Juli 1988 als Club der Deportierten gegründet und später in LPKTS umbenannt.

Die Ziele (aus dem Parteiprogramm) sind: Freiheit, Nationalismus, Gerechtigkeit, Demokratie, Eigenständigkeit des Staates und christliche Werte.

Ein ausführliches Programm in Englisch ist auf der Webseite zu finden. Zum Thema Umwelt gibt es keine Informationen.

Kontakt und weitere Informationen:
www.lpkts.lt
 eMail: tremtinsytakas.lt

**Tėvynės liaudies partija - TLP
(Heimatland-Volkspartei)**

Die TLP ist eine klassische Bürgerpartei in europäischer Tradition. Die Ziele und Werte (aus dem Parteiprogramm) sind: eine demokratische Gesellschaft, die Stärkung des modernen litauischen Staats, Freiheit, Eigentum, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit aller vor dem Gesetz, freier Markt, Traditionen, Familie und gemeinsame moralische Werte.

Das Parteiprogramm enthält keine Aussagen zur Umweltpolitik.

Kontakt und weitere Informationen:
www.tlp.lt (ausführliches Programm)
 eMail: laandnr@rc.lrs.lt

MALTA

1. Umweltpolitik und EU-Recht

Malta hat bisher bei der Verabschiedung von Rechtsvorschriften gute Fortschritte erzielt, hat aber noch nicht alle EU-Richtlinien in nationales Recht übernommen. Mängel gibt es auch noch im Aufbau der für die Umsetzung notwendigen Verwaltungskapazitäten.

Im Jahr 2001 wurde ein neues Umweltschutzgesetz erlassen und in diesem Jahr die Umweltbehörden grundlegend umstrukturiert. Die MRA (Behörde für Ressourcen) muss nun Entwicklung einer Strategie und Planung zur Förderung der erneuerbarer Energiequellen fortsetzen und die Umsetzung des EU Rechts vorantreiben. ▶

2. Politisches System

- Regierungsform: Republik, parlamentarische Demokratie. Es herrscht ein Zwei-Parteien-System mit ungefähr gleich großen Parteien (von 1966 bis 2003 hatten die Nationalisten und die Arbeiterpartei einen ungefähr gleichen Stimmenanteil von 50 %), was eine polarisierende Wirkung auf das politische Leben hat. Die Parteien rivalisieren sehr stark, weitere Parteien wie z.B. die Grünen leiden darunter wie auch unter der starken Medienpräsenz von MLP und PN, die eigene, parteifreundliche Fernsehsender haben. Die Wurzeln der Parteien und dieser Konstellation reichen zurück bis in die Kolonialzeit (Malta ist seit 1964 von Großbritannien unabhängig, 1921 gab es die ersten Wahlen). Die Wahlen finden alle fünf Jahre statt, die Wahlbeteiligung liegt regelmäßig bei 96-99 % (2003: 96 %).
- Die Katholische Kirche, der 97 % der Malteser angehören, hält sich politisch zurück, hat aber unverändert großen gesellschaftspolitischen und kulturellen Einfluss im Land, das keine Ehescheidung kennt und strenge Abtreibungsgesetze hat.
- Die maltesischen Inseln sind eine unabhängige Republik mit eigener Verfassung und einer parlamentarischen Demokratie (angelehnt an das Westminster-Modell).
- Staatsoberhaupt: Staatspräsident Prof. Dr. Guido de Marco (April 1999- April 2004); lediglich repräsentative Funktionen, wird vom Parlament mit einfacher Mehrheit gewählt.
- Regierungschef: Dr. Edward Fenech Adami, Amtsantritt: 12. April 2003 (zum 4. Mal).
- Außenminister: Dr. Joe Borg (seit 1999).
- Parlament: Einkammerparlament mit gegenwärtig 65 (bis zu 69 möglich) auf fünf Jahre gewählten Abgeordneten, Parlamentspräsident ist Anton Tabone.
- Verwaltungsgliederung: sechs Bezirke mit 60 Gemeinden.



3. Grüne Parteien

Alternattiva Demokratika - AD (Grüne Partei)

0,7 %, kein Sitz.

Die Grünen stellen seit dem 8. März 2003 in drei Gemeinden (Birkirkara, Sliema, Lija) je einen Gemeinderat. Ihr gesellschaftlicher Einfluss als dritte Kraft im Zwei-Parteien-System ist jedoch wesentlich größer als es das magere Wahlergebnis vermuten lässt. Bei der EU-Abstimmung im März waren sie das "Zünglein an der Waage", das zu dem relativ knappen "Ja" (54 %) letztendlich entscheidend beitrug. Alternattiva Demokratika will künftig eng mit den anderen Grünen Parteien Europas zusammenarbeiten, um sich als dritte Partei Maltas zu etablieren.

Politische Schwerpunkte

Umwelt, Gesundheit und Soziales. Vorschläge der Partei zur Umweltpolitik: Öffentlicher Zugang zu allen Stränden und Gebieten an Küste. Aufgrund der Landnutzungsprobleme (es gibt wenig Wohnraum auf Malta) Subventionen für Restaurierungen, wenig Neubau (nur auf Stadtgebiet), keine Duldung von Leerstand. Der Tierschutz soll verstärkt werden: eingeschränkte Jagd, Maßnahmen gegen illegale Jagd. Umweltfreundliche Besteuerung (Vorteile für Solar, Recycling etc.). Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs.

Kontakt und weitere Informationen:

149, Archbishop Street,
Valletta, Malta
Tel. 00356 21 255330
Fax 00356 21 571530
eMail: hcvassallo@kemmynet.net.mt,
cachia@maltanet.net
www.alternattiva.org.mt
Wahlprogramm unter:
www.nso.gov.mt/elections/John%20Lane/ad-96.htm
www.europeangreens.org



4. Parteienlandschaft

Regierung:

Partit Nazzjonalista - PN (Nationalisten)

(konservativ)

Vorsitz: Edward Fenech Adami, 35 Sitze.

Die Partei will laut Programm in der Umweltpolitik:

- Forschungen nach Transportmöglichkeiten unterstützen, die den Verschmutzungsgrad senken,
- die Einführung von Solarenergie unterstützen (Steuernachlässe, Subventionen),
- die Sichere Einspeisung überschüssiger häusliche Solarenergie ins Enemalta-Versorgungsnetz erreichen.

Kontakt und weitere Informationen:

www.pn.org.mt

Wahlprogramm:

www.nso.gov.mt/elections/John Lane/pn-98.htm

eMail: jason.azzopardi@gov.mt
(internationales Sekretariat)



Opposition:

Partit Laburista - MLP (Maltesische Arbeiterpartei) (sozialdemokratisch)

Unter dem Vorsitz von Alfred Sant hat die Partei 30 Sitze im Parlament und hat sich in der Vergangenheit immer wieder gegen die EU-Mitgliedschaft ausgesprochen.

Aus dem Parteiprogramm:

Umweltschutz und Planung

Die Partei hat unter anderem einen Entwurf einer nationalen Politik und Strategie für die Umwelt ausgearbeitet, welcher dem Kabinett zur Genehmigung vorgelegt wurde.

Weitere umweltpolitische Vorhaben der Partei (aus dem Parteiprogramm): Revision/Änderung des Umweltschutzgesetzes, Umstrukturierung des Umweltministeriums, Einführung einer nationalen Umweltpolitik und -strategie, regelmäßige Veröffentlichung des Staats- und Umweltberichtes vom Staat, Aufstellung einer Datenbank (zur Verbreitung von Informationen sowohl über lokale als auch über ausländische Umweltparameter), Gründung eines Umweltaufsichtsdienstes, Entwurf einer Politik und Strategie für die Entsorgung von Giftmüll, Umsetzung des Aktionsplanes für den Schutz gegen Meeresverschmutzung und Überwachung der Wasserqualität entlang der maltesischen Küste.

Die MLP spricht sich ausdrücklich für das Jagen und Fallenstellen aus. Daher ist die Partei gegen den EU-Beitritt, weil die EU Jagen und Fallenstellen verbietet. Sie ist Mitglied der Sozialistischen Internationale.

Kontakt und weitere Informationen:

www.mlp.org.mt

Wahlprogramm:

www.nso.gov.mt/elections/John Lane/mlp-98.htm

eMail: mlp@mlp.org.mt



POLEN

1. Umweltpolitik und EU-Recht

Polen hat gute Fortschritte in der Angleichung der nationalen Politik an die EU-Gesetzgebung gemacht. Die für die Umsetzung erforderlichen Verwaltungskapazitäten wurden weiter ausgebaut, reichen aber (vor allem im Umweltbereich) bei weitem noch nicht aus. Auch müssen noch zahlreiche Ministerialerlasse verabschiedet, um die Umsetzung in allen Bereichen abzuschließen.

Umweltproblem Energiepolitik

Im Bereich Energieeffizienz hat die Regierung Anforderungen an die Effizienz von Haushaltsgeräten und Warmwasserkesseln verabschiedet. Seit 2001 führte die Regierung die Verpflichtung zum Kauf von Elektrizität ein, die in Kombinationen zusammen mit Wärme aus unkonventionellen oder erneuerbaren Energieträgern gewonnen wurde.

Umweltproblem Landwirtschaft

Für die ökologische Landwirtschaft muss der Aufbau der institutionellen Strukturen und der Verwaltungskapazität, besonders hinsichtlich der Kontroll- und Zertifizierungsstellen noch zum Abschluss gebracht werden. Keinerlei Fortschritte sind bei den Agrarumweltmaßnahmen zu vermelden. Der Begleitausschuss für das entsprechende Förderprogramm hat nämlich beschlossen, eine Streichung der Pilotmaßnahmen zum Agrarumweltschutz aus Förderung zu streichen.

Besondere Anstrengungen sind vor allem in folgenden Gebieten noch erforderlich: Ausarbeitung einer kohärenten Struktur und Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum, Stärkung der Verwaltungsstruktur.



2. Politisches System

Die Innenpolitik ist geprägt von einem sich dynamisch verändernden Parteienwesen und der Auseinandersetzung um die Reformen im Rahmen des EU-Beitritts. Im linken Spektrum haben sich dabei sozialdemokratische Kräfte zusammengeschlossen und stehen einer zersplitterten Rechten gegenüber, welche die Folgekosten des EU-Beitritts kritisch einschätzt. In Polen gibt es ca. 20 Parteien, von denen einige jedoch sehr klein und unbedeutend sind. Die Umweltpolitik spielt bei den meisten Parteien keine Rolle.

- Staatsoberhaupt: Präsident Aleksander Kwasniewski (parteilos) wurde direkt gewählt am 19. November 1995 für fünf Jahre und trat am 23. Dezember 1995 sein Amt an. Am 8. Oktober 2000 wurde er für weitere fünf Jahre wiedergewählt.

- Regierungschef: Marek Belka (parteilos, hat am 2. Mai 2004 Leszek Miller abgelöst, der seit dem 19. Oktober 2001 das Amt inne hatte)

- Außenminister: Wlodzimierz Cimoszewicz ist seit dem 19. Oktober 2001 im Amt.

- Parlament: besteht aus zwei Kammern. Dem Sejm mit 460 Abgeordnete, die in einer Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht das letzte Mal am 23. September 2001 für vier Jahre gewählt wurden und dem Senat mit 100 Senatoren, über die nach Mehrheitswahlrecht entschieden wird (Legislaturperiode und letzte Wahl wie Sejm).

- Verwaltungsstruktur: Zentralverwaltungssystem mit Elementen von regionaler/örtlicher Selbstverwaltung, seit 1. Januar 1999 mit 16 Woiwodschaften, 373 Kreisen und 2489 Gemeinden.



3. Grüne Parteien

"Zieloni 2004"

Grüne Partei: noch nicht registriert.

Entstehung: Aus dem "Ökologischen Forum" innerhalb der "Freiheitsunion" (1997-2000 stellte sie den Vize-Umweltminister) entstand lange keine grüne Partei, weil seitens vieler NGOs generelle Skepsis gegenüber dem politischen System herrschte. In Anbetracht des EU-Beitritts und der anstehenden Europawahl ändert sich diese Einstellung allerdings. Schon im Zuge der Referendums-Kampagne (Slogan "Nach Europa, um zu verändern") gründeten Aktivist/innen aus Umwelt-NGOs, aus der Frauenbewegung, der Schwulen- und Lesbenbewegung am 7. September 2003 eine grüne Plattform namens "Zieloni 2004". Zukünftig wollen sie mit der Europäischen Föderation Grüner Parteien (EFGP), der Grünen Gruppe des Europäischen Parlamentes und mit der Europäischen Grünen Partei (deren Gründungskongress im Februar 2004 in Rom stattfand) zusammenarbeiten. Die grüne Bewegung protestierte auch gegen Polens Rolle im Irak-Krieg.

Parteigrundsätze:

- Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität,
- zivile Gesellschaft gegenüber dem Staat stärken,
- Schutz der Umwelt und ihrer Schätze für zukünftige Generationen,
- gleicher Status der Geschlechter und Lebensalter,
- Achtung nationaler, kultureller und religiöser Eigenheiten,
- Achtung von Minderheitenrechten,
- Konfliktlösung ohne Anwendung von Gewalt,
- Unterordnung des Marktes unter das Gemeinschaftswohl,
- Aufbau einer Gesellschaft des Wissens und gleicher Chancen.

Die Partei will sich außerdem für eine gesellschaftlich und ökologisch ausgewogene Marktwirtschaft einsetzen. ▶

Des weiteren werden Maßnahmen zu- gunsten des Schutzes von Natur, Klima und Biovielfalt sowie die Begrenzung der Verschmutzung, des Verbrauchs von Naturschätzen und der Umweltzerstörung gefordert.

Die Partei spricht sich für lokale Produk- tion und lokale Konsumtion, Rationalisie- rung der Verkehrssysteme im Einklang mit dem Prinzip der ausgewogenen Entwick- lung und gegen die Verwendung gene- tisch veränderter Organismen in landwirt- schaftlicher Produktion und Zucht aus.

www.zieloni2004.pl



4. Parteienlandschaft

Zu den Sejm-Wahlen am 19. September 1993 trat ein neues Wahlgesetz in Kraft mit dem eine Fünf-Prozent-Hürde für Parteien bzw. eine Acht-Prozent-Klausel für Wahlbündnisse eingeführt wurde, um in das Parlament einziehen zu können.

Regierung:

Wahlbündnis zwischen SLD (Bündnis der Demokratischen Linken) und der UP (Union der Arbeit) mit insgesamt 216 Abgeordneten.

Sojusz Lewicy Demokratycznej - SLD (Bündnis der Demokratischen Linken)

Vorsitzender: Leszek Miller, 200 Sitze

Im Jahr 1990 schlossen sich 29 Gruppie- rungen und Gewerkschaften unter der Führung der SdRP (Sozialdemokratie der Republik Polen) zum Wahlbündnis SLD zusammen. Sie ist mit 200 Abgeordneten im Parlament vertreten und stellte bis vor kurzem den Ministerpräsidenten Leszek Miller.

Politische Ausrichtung:

- Sozialdemokratisch,
- vereint marktwirtschaftliche und diri- gistische Tendenzen,
- für eine Stärkung der lokalen Selbstver- waltung,
- für eine Förderung des Mittelstandes und die Modernisierung der Landwirt- schaft,
- für einen Beitritt Polens zur Europäi- schen Union,
- für eine stärkere Rolle Polens in der NATO.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: redakcja@sld.org.pl
www.sld.org.pl



Unia Pracy - UP (Union der Arbeit)

Vorsitzender: Marek Polpo, 16 Sitze

Vertreter des linken Flügels der Gewerk- schaft Solidarnosz (Solidarität) und ehe- malige Mitglieder der PZPR gründeten die Partei 1992. 1997 bis 2001 war sie nicht im Sejm vertreten.

Politische Ausrichtung:

- Sozialdemokratisch bis linkspopulistisch,
- für eine Stärkung der Selbstverwaltung,
- eine soziale Absicherung armer Gesell- schaftsschichten und
- einen interventionistischen Staat.

Kontakt und weitere Informationen:

eMail: biuro@uniaprac.org.pl
www.uniaprac.org.pl

(keine englischen Informationen)

Opposition:

Polskie Stronnictwo Ludowe - PSL (Polnische Bauernpartei)

Vorsitzender: Jaroslaw Kalinowski, 42 Sitze.

Die PSL ist die älteste und größte Partei Polens, die 1990 aus der einstigen Blockpartei ZSL (Zjednoczone Stronnictwo Ludow, Vereinigte Bauernpartei) hervor- gegangen ist.

Politische Ausrichtung:

- betont nationale und katholische Werte,
- fordert eine Integration Polens in die EU zu partnerschaftlichen Bedingungen,
- die Einbeziehung der polnischen Land- wirtschaft in die gemeinsame EU-Agrar- politik und
- die gleichberechtigte Einbeziehung Polens in das System direkter Einkom- mensbeihilfen und Strukturfonds der EU.

Kontakt und weitere Informationen:

eMail: psl@psl.org.pl
www.psl.org.pl

(ausführlicher englischer Teil)



**Samoobrona - SO
(Bauernpartei "Selbstverteidigung")**

Vorsitzender: Andrzej Lepper, 53 Sitze

Die SO ist eine populistische Bauernbewegung, die mit unzufriedenen Bauern spektakuläre Proteste organisiert.

Politische Ausrichtung: fordert Bestandsgarantien für die polnischen Landwirtschaft, staatliche Abnahmegarantien zu Kosten deckenden Preisen, Renten für arbeitslose Landarbeiter der aufgelösten Staatsgüter, Auszahlung der Devisenreserven an die Bevölkerung.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail:
samoobrona@samoobrona.org.pl
www.samoobrona.org.pl
(keine englischen Informationen)

**Platforma Obywatelska - PO
(Bürgerplattform)**

(neoliberal-konservativ)

Vorsitzender: Maciej Plazynski, 65 Sitze.

Die PO wurde am 20. Januar 2001 aus Teilen der Freiheitsunion (UW) und des Wahlbündnisses Solidarnosc (AWS) gegründet.

Politische Ausrichtung:
- Wirtschaftsliberal,
- fordert Abschaffung staatlicher Parteienfinanzierung,
- Mehrheitswahlrecht und Sanierung der öffentlichen Finanzen zur Einführung eines linearen Steuersatzes.

Des Weiteren setzt sich die Bürgerplattform für die Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes, für eine Machtbescheidung der Gewerkschaften und für den EU-Beitritt ein.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: poczta@platforma.org
www.platforma.org

**Prawo i Sprawiedliwosc - PiS
(Recht und Gerechtigkeit)**

Vorsitzender: Lech Kaczynski, 44 Sitze.

Die PiS wurde gegründet im April 2001 und setzt sich vorrangig aus dem rechten Flügel der AWS zusammen.

Politische Ausrichtung: bekennt sich zu einer interventionistisch- protektionistischen Wirtschaftspolitik.

Umweltpolitische Themen im Parteiprogramm:

- Nachhaltige Ressourcennutzung für langfristige Staatsentwicklung: Der Staat ist verpflichtet, alle Tier- und Pflanzenarten zu schützen und den Bürgern Zugang zu guter Luft und gutem Wasser zu gewährleisten.
- Der Staat soll für die Bereiche Wälder und Parks (die bis zu 30 % der Gesamtfläche betragen), Wasserwirtschaft und Stadt- und Regionalplanung zuständig sein.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: biuro.prasowe@pis.org.pl
www.kp.pis.org.pl



**Liga Polskich Rodzin - LPR
(Liga der Polnischen Familien)**

(katholisch, ultra-konservativ)
38 Sitze.

Die Liga wurde gegründet im Juni 2001. In ihr formieren sich katholisch-nationalistische Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonen. Unterstützt wird die Partei von der "Familie" des katholischen Senders Radio "Maryja".

Politische Ausrichtung:

- lehnt den Beitritt zur EU aus ökonomischen und ideologischen Gründen ab,
- fürchtet einen Verlust der nationalen Identität,
- fordert die Aufkündigung des Assoziierungsvertrages mit der EU, dafür aber die Aufnahme von Gesprächen mit der NAFTA (North American Free Trade Agreement),
- fordert die rechtliche Durchsetzung katholisch-fundamentalistischer Werte und will den Verkauf von Grund und Boden an Ausländer verhindern,
- sieht innerhalb Polens - auch innerhalb der katholischen Kirche - eine Bedrohung durch jüdische und Freimaurerverschwörungen.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: biuro@lpr.pl
www.lpr.pl



SLOWAKEI

1. Umweltpolitik und EU-Recht

Die Slowakei hat durch Verabschiedung nationaler Gesetze - insbesondere Luftqualität, Wasser und Naturschutz - gute Fortschritte bei der Rechtsangleichung an die EU-Gesetzgebung gemacht. Handlungsbedarf besteht aber nach wie vor bei den Verwaltungskapazitäten und der Dezentralisierung des staatlichen Verwaltung.

Ein Gesetz zum Schutz der Luftqualität gemäß EU-Rahmenrichtlinie wurde im Juli 2002 verabschiedet und das Kioto Protokoll im März 2002 ratifiziert. Das Wassergesetz, durch das verschiedene Wasser-richtlinien umgesetzt wurden, ist im Juni 2002 in Kraft getreten. Mit dem Anfang 2003 in Kraft getretenen Gesetz über Natur- und Landschaftsschutz wurde die EU-FFH-Richtlinie vollständig umgesetzt. Die EU-Bestimmungen über den Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen wurden umgesetzt.

Umweltproblem Energiepolitik

Auch im Bereich Energieeffizienz wurden einige Fortschritte erzielt. Im Mai 2002 traten Regierungserlasse in Kraft, die auf die Verbesserung der Energieeffizienz durch Kennzeichnung elektrischer Haushaltsgeräte abzielen. Bei den erneuerbaren Energiequellen sollte die Slowakei ihre Maßnahmen intensivieren.

Die Slowakei betreibt zwei Kernkraftwerke. Einige Fortschritte sind bei der Stilllegung der beiden VI Reaktoren von Bohunice zu verzeichnen, zu der sich die Slowakei für 2006 bzw. 2008 verpflichtet hat. In Mochovce sind weitere zwei Reaktoren in Betrieb. Im Bereich der nuklearen Sicherheit setzt die Slowakei "Programme zur Verbesserung der Sicherheit" in den Kernkraftwerken Bohunice und Mochovce fort. ▶

2. Politisches System

- Regierungsform: Parlamentarische Demokratie.
- Staatspräsident: Dr. Rudolf Schuster, am 29. Mai 1999 auf fünf Jahre gewählt. Der Staatspräsident ernennt den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die Minister.
- Regierungschef: Mikulas Dzurinda, SDKU, Ministerpräsident der Slowakischen Republik.
- Außenminister: Dr. jur. Eduard Kukan, SDKU.
- Parlament: 150 Abgeordnete, Vorsitzender: Pavol Hrusovsky (KDH) Die letzte Wahl war am 20. September 2002.
- Verwaltungsstruktur: Zentralistisch, acht Verwaltungsbezirke; begrenzte kommunale Selbstverwaltung.
- Staatsgründung: Direkt nach der politischen Wende von 1989 und den ersten freien Wahlen im slowakischen Teil der Tschechoslowakischen Föderation (CSFR) setzten sich diejenigen Kräfte in der Slowakei durch, die für eine grundsätzlich neue Stellung der Slowakei im Rahmen der Föderation eintraten. Der Trennungsprozess erreichte im Sommer 1992 eine Dynamik, die trotz des unbestrittenen Wunsches der Mehrheit der Bevölkerung in beiden Landesteilen nach Erhalt des gemeinsamen Staates nicht mehr umzukehren war. Die Regierungschefs beider Teilrepubliken einigten sich daraufhin, dass die politischen Schwierigkeiten der CSFR nur noch durch die Trennung der Föderation gelöst werden können. Am 1. Januar 1993 erfolgte die Gründung der Slowakischen Republik. Es gelang insgesamt, die Teilung des Landes geordnet und friedlich durchzuführen.
- Minderheiten: Eine ungarische Minderheit lebt im Süden des Landes (etwa 520.000 = 10 % der Gesamtbevölkerung). Es gibt einen Nachbarschaftsvertrag mit Ungarn (vom 26. März 1996). Die Roma sind die zweitgrößte Minderheit (offiziell ca. 90.000, aber nach Schätzungen bis zu einer halben Million). Die Integration ist mangelhaft, es herrscht ein geringes Bildungsniveau und eine hohe Arbeitslosigkeit, auch wenn sich die Regierung um eine Verbesserung der Lage der Roma bemüht. ▶

3. Grüne Parteien

Strana Zelenych na Slovensku (Grüne Partei in der Slowakei)

1 %.

Gegründet als eine der ersten Parteien der freien Slowakei 1989/90, kamen die Grünen bei den ersten Wahlen 1990 auf 3 % und hatten keinen großen Einfluss auf die Politik im Land. Bei der Wahl zum Nationalrat am 20. September 2002 kamen sie nur auf 1 % der Stimmen, immerhin stellen die Grünen landesweit über 100 Gemeinderät/innen, davon zwei in der Hauptstadt Bratislava, sowie den Bürgermeister in Dubnica nad Váhom und in fünf kleineren Gemeinden.

Parteilpolitische Ziele: Die Grünen sind eindeutig pro-europäisch und sehen durch den EU-Beitritt eine Garantie für die Fortführung der freiheitlich-demokratische Entwicklung des Landes. Die Ziele sind Demokratie und Menschenrechte, Umwelt- und Naturschutz (z.B. gegen Atomenergie, für grüne Steuerreform), wirtschaftliche und soziale nachhaltige Entwicklung. Sie bereiten das Projekt "Grünes Licht für die Slowakei" für die Europawahlen im Mai 2004 vor.

Kontakt und weitere Informationen:

eMail: szs@greenparty.sk

www.europeangreens.org

www.greenparty.sk

(keine englischen Informationen)



4. Parteienlandschaft

Nach einer Änderung im Wahlgesetz von 1998 muss jedes Mitglied einer Koalition die Fünf-Prozent-Hürde überwinden, um ins Parlament zu kommen.

Die letzten Wahlen fanden am 20./21. September 2002 statt. Die Wahlbeteiligung lag bei 70 %, 150 Sitze wurden vergeben.

Die großen Parteien haben das Thema Umwelt in ihren Programmen, jedoch sind es meist einzelne Persönlichkeiten, die sich aktiv für Umweltpolitik einsetzen.

Regierung:

Die innenpolitische Schwerpunkte der Regierung umfassen den Ausbau der rechtstaatlichen und administrativen Strukturen, die Entbürokratisierung, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation durch die Verringerung des hohen Haushaltsdefizits und der Leistungsbilanz, sowie die weitere Öffnung für Auslandsinvestitionen, weitere Privatisierungsmaßnahmen und den Kampf gegen Korruption.

Slovenska Demokraticka a Krestanska Unia - SDKU (Slowakische Demokratische und Christliche Union)

(christdemokratisch, Mitte-rechts)
Vorsitz: Mikulas Dzurinda, 15 %, 28 Sitze.

Die SDKU wurde im Jahr 2000 von ehemaligen Mitgliedern der Slowakischen Demokratischen Koalition (SDK) gegründet, im Februar schloss sich die Demokratischen Union (DU) an. Die SDKU hat die deutsche CDU als Vorbild. Der Vorsitzende Dzurinda bestimmte den Kurs der Partei in Richtung EU- und NATO-Beitritt.

Im Parteiprogramm 2002-2006 sind keine Aussagen zu Umweltpolitik zu finden.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: sdku@sdkuonline.sk
www.sdkuonline.sk



Strana madarskej koalicie - Magyar Koalicio Partja - SMK- MKP

(Partei der ungarischen Koalition)
(Minderheitspartei, christlich konservativ)
Vorsitz: Bela Bugar, 11 %, 20 Sitze.

Die Partei entstand am 21. Juni 1998 durch den Zusammenschluss von Koexistenz, der Ungarischen Christlich-demokratischen Bewegung und der Ungarischen Staatsbürgerpartei. Sie versteht sich als eine gemeinschaftlich christlich-konservative Plattform. Seit 2000 ist die SMK Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) und seit Januar 2001 Mitglied der Europäischen Demokratischen Union (EDU).

Die Partei kann auf fast hundertprozentige Unterstützung der ungarischen Minderheit zählen, die ca. 500.000 Menschen umfasst. Von der slowakischen Bevölkerung wird die SMK nicht gewählt, obwohl sie als eine Partei der Mitte und als stärkste Reformkraft neben Dzurindas SDKU gilt. Sie fordert als einzige Partei die Abschaffung der Beneš-Dekrete, auf deren Grundlage auch viele Ungarn aus der damaligen Tschechoslowakei vertrieben wurden.

Aussagen zu Umweltpolitik:

- Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Umweltverbänden,
- Einführung von Umweltsteuern und -strafen für Umweltverschmutzer.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: smk@smk.sk, press@smk.sk
www.mkp.sk/index1.php
(keine englischen Informationen)



Krest'ansko-demokratické hnutie - KDH (Christlich-demokratische Bewegung)

Vorsitz: Pavol Hrusovsky, 8,3 %, 15 Sitze.

Programmatik: christliche Verantwortung, christliche moralische Grundlagen sowie Prinzipien der Demokratie, Anerkennung der Menschenrechte.

Die KDH ist Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP). 1997 gründete KDH zusammen mit anderen Oppositionsparteien die Slowakische Demokratische Koalition, die ab Oktober 1998 Teil der Regierungskoalition wurde. Seit Gründung der SDKU bildet die KDH eine eigene Partei im Parlament.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: tlacove@kdh.sk
www.kdh.sk
(keine englischen Informationen)

Aliancia Noveho Obcana - ANO (Partei des Neuen Bürgers)

(liberal, rechtsorientiert)
Vorsitzender: Pavol Rusko, 8 %, 15 Sitze.

Die ANO existiert seit dem 14. Mai 2001. Ihre Grundsätze (laut Parteiprogramm) sind Liberalismus und die Einhaltung der Menschenrechte, sie sind gegen wirtschaftliche Intervention des Staates und für freie Unternehmen in einer freien Marktwirtschaft. Die Europäische Liberale Demokratische und Reformpartei (ELDR) hat die ANO im April 2002 als erste liberale Partei der Slowakei als Mitglied anerkannt.

Umweltpolitische Forderungen:

- Beschleunigung der Angleichung der slowakischen an die europäische Gesetzgebung,
- Übernahme des Verursacherprinzips,
- finanzielle Anreize zur nachhaltigen Energienutzung,
- Entwicklung eines staatlichen Umweltservices,
- Ausbildung eines Informations- und Kontrollsystems im Umweltbereich,
- Einführung eines Recyclingsystems.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: ano@ano-aliancia.sk
www.ano-aliancia.sk



Opposition:

Hnutie za Demokratické Slovensko - HZDS (Bewegung für eine Demokratische Slowakei

(konservativ)

Vorsitz: Vladimír Mečiar, 20 %, 36 Sitze.

Die HZDS ist eine Bürgerpartei, die 1991 aus der "Öffentlichkeit gegen Gewalt" - Bewegung (VPN) entstand. Sie war lange die populärste slowakische Partei, geriet dann aber vor allem durch ihren machtbesessenen Vorsitzenden in Verruf. Gegen Vladimír Mečiar gab es in den 1990-iger Jahren zwei Misstrauensvoten, die beide Male zu Ausscheiden der Partei aus der Regierung führten. Durch eine Russland zugewandte Politik und einige zweifelhafte innerpolitischen Vorgehensweisen führte Mečiar die Slowakei außenpolitisch fast in die Isolation. Im März 2000 schwenkte die Partei in ihrem Kurs um und erklärte sich eindeutig für eine Integration der Slowakei in europäische und transatlantische Organisationen. Das Grundwerte der HZDS sind Christentum, Nationalismus und Soziales.

Umweltpolitische Ziele:

- Bewahrung, Schutz und Verbesserung der Umweltqualität,
- Schutz der menschlichen Gesundheit,
- Sparsamer Gebrauch natürlicher Ressourcen.

Aus dem Parteiprogramm:

"Die Hauptaufgabe ist es, ein nachhaltiges und umweltfreundliches wirtschaftliches Wachstum zu unterstützen [...] Der Bürger hat ein Recht darauf, verlässliche und einfach zugängliche Informationen zur Lage der Umwelt zu bekommen. [...] Der Verbraucher hat das Recht, Produkte auszuwählen, welche die striktesten Normen in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit und Ökologie erfüllen. Produkte, die diese Kriterien erfüllen, müssen durch ein spezielles Label gekennzeichnet werden. Wirtschaftsorgane müssen Anreize zum Gebrauch umweltfreundlicher Technologien und zur Produktion ökologischer Produkte schaffen. Umweltverschmutzer müssen die Kosten aller Schäden tragen, die sie verursacht haben. [...]"

Kontakt und weitere Informationen:

eMail: webmaster@hzds.sk

www.hzds.sk

Strana Smer ("Richtung")

(Vorbild sind die britische Labour Party und die deutsche SPD)

Vorsitz: Robert Fico, 14 %, 25 Sitze.

Die Partei wurde am 20. Oktober 1999 gegründet. Der Vorsitzende Fico will sich weder dem linken noch dem rechten Flügel zuordnen lassen und spricht vom "dritten Weg", den er beschreiten will. Die Priorität der SMER ist Stärkung von Ordnung, Stabilität und Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Sie sind pro-EU und pro-NATO.

Aussagen zur Umweltpolitik:

"Die Landwirtschaft benötigt so wie jedes andere Ressort Ordnung und Stabilität, und das insbesondere im Bereich der Nutzung interner Reserven und Erhöhung der Effektivität. [...] Ziel der SMER muss es sein, zukünftigen Generationen eine bessere Umwelt zu überlassen.

SMER will sich realistisch zu aktuellen Umweltfragen äußern. Die Partei ist gegen Naturzerstörung, für Lebensmittelsicherheit und Nutzung eigener Ressourcen.

Kontakt und weitere Informationen:

eMail: tajomnik@strana-smer.sk

www.strana-smer.sk

Komunistická strana Slovenska - KSS (Kommunistische Partei der Slowakei)

Vorsitzender: Jozef Sevc, 6,3 %, 11 Sitze.

Die KSS wurde im März 1991 als unabhängige Partei wiedergegründet. Sie ist Nachfolgerin der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSC) und der Kommunistischen Partei der Slowakei (KSS). Sie will laut Programm die progressiven Traditionen der nationalen und demokratischen Arbeiterbewegung und der antifaschistischen Bewegung fortführen. Ihr Programmziel ist die Wiederherstellung des Sozialismus. Sie ist NATO-Gegnerin.

Kontakt und weitere Informationen

eMail: sekr@kss.sk

www.kss.jaso.sk

(keine englischen Informationen)

Nicht im Parlament vertretene Parteien:

Hnutie za demokraciu - HZD (Bewegung für Demokratie)

Vorsitz: Ivan Gasparovic, 3,3 %

Die Bewegung versteht sich als Zentrums-partei mit einer leicht linken Orientierung. Sie wurde Mitte Juli 2002 von dem populären Ex-Parlamentsvorsitzenden und HZDS-Mitglied Ivan Gasparovic gegründet und gilt als Konkurrenzpartei oder Kopie der HZDS. Im Parteiprogramm ist nichts über Umwelt und Ökologie zu finden.

Kontakt und weitere Informationen

www.hnutie-za-demokraciu.sk

Sociálnodemokratickej strany Slovenska - SDSS (Sozialdemokratische Partei der Slowakei)

Die Partei hat ein Kooperationsabkommen mit der SMER und ist Mitglied der Sozialistischen Internationale und der Sozialdemokratischen Partei Europas. Die Grundsätze aus dem Parteiprogramm sind Freiheit, Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

"Unser Wirtschafts- und Sozialprogramm basiert auf der vielfältigen Erfahrung der westeuropäischen sozialdemokratischen Linken. Unser Parteiprogramm ist nicht für Neureiche, sondern für die Mehrheit der Gesellschaft," heißt es im SDSS-Programm.

Kontakt und weitere Informationen:

eMail: sdss@sdss.sk

www.sdss.sk

SLOWENIEN

1. Umweltpolitik und EU-Recht

Seit 1993 gibt es ein Umweltschutzgesetz, auf dessen Grundlage fast alle EU-Gesetze bereits in nationales Recht übertragen werden konnten. Die notwendigen Investitionen werden aus EU-Mitteln im Rahmen des ISPA-Programmes gefördert. Ausnahme ist die Richtlinie über die Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung (IVVU), die noch nicht verabschiedet wurde.

Umweltproblem Energiepolitik

In Slowenien genießt der Bereich der Energieeffizienz eine hohe Priorität: so wurden bereits Ende 2001 eine Reihe von Durchführungsbestimmungen zum Energiegesetz angenommen, die Angaben und Normen zur Energieeffizienz betreffen. Damit hat Slowenien den Besitzstand in diesem Hinblick bereits weitgehend in Übereinstimmung gebracht. Es wird derzeit auch eine Strategie zur Verbesserung der Energieeffizienz durchgeführt. Teil dieser Strategie ist die Förderung erneuerbarer Energie. In den letzten fünf Jahren ist es Slowenien gelungen, den Energieverbrauch um etwa 30 % zu reduzieren.

Umweltproblem Kernenergie

Slowenien betreibt ein Kernkraftwerk im Standort Krško. Im Juli 2002 verabschiedete das slowenische Parlament das Gesetz zum Schutz ionisierender Strahlung und über nukleare Sicherheit. Durch das Gesetz wurden die Bestimmungen der EU sowie mit internationalen Übereinkommen über nukleare Sicherheit in Übereinstimmung gebracht. ▶

Umweltproblem Luftqualität

Die Luftqualität hat sich in den letzten zehn Jahren verbessert, allerdings steigen seit 1993 die Kohlendioxid-Emissionen aufgrund der Belastungen durch den Energie- und den verarbeitenden Sektor wieder an. Trotz einer CO₂-Abgabe gibt es keine steuerliche Begünstigung abgasarmer Kfz. Die Einführung von bleifreiem Benzin 1995 verringerte die Abgase durch den Straßengüterverkehr. Neue Wasserkraftwerke, eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, Verringerung des Treibstoffverbrauchs, der Ausbau eines modernen öffentlichen Verkehrs, Ausbau der Fernwärme und Umstellung auf Erdgas sollen die angestrebten CO₂-Reduktionen im Rahmen des Kioto-Protokolls ermöglichen.

Umweltproblem Abfallpolitik

In der Abfallwirtschaft bestehen noch erhebliche Defizite, die in den kommenden Jahren behoben werden müssen. Das Gefahrenpotential wird in großen Teilen der Bevölkerung und auch der Industrie noch nicht gesehen, so dass z.B. Maßnahmen zur Mülltrennung und die Planung von Verbrennungsanlagen politisch schwer durchzusetzen sind. Bei weiterhin steigenden Müllbergen sind häufig nicht sichere Deponien noch immer die einzige Möglichkeit der Entsorgung. Die Regierung setzt jetzt auf den Bau überregionaler Abfallzentren.

Umweltproblem Wasser

Das Oberflächenwasser ist teilweise stark belastet, während beim Grundwasser die Kontamination zurückgeführt werden konnte und heute auf dem Niveau von Österreich liegt. Das Abwassersystem und die Abwasserbehandlung sind unzureichend; nur 53 % der Haushalte haben Kanalanschluss. Der Aufbau kommunaler Kläranlagen gehört zu den Schwerpunkten des ISPA-Programms in Slowenien. ▶

2. Politisches System:

- Regierungsform: Republik/Parlamentarische Demokratie.

- Staatsoberhaupt: Präsident Dr. Janez Drnovšaronek (Amtsantritt 22. Dezember 2002, nächste Wahl 2007, alle fünf Jahre), vorher Milan Kucan.

- Parlament: die Skupščina Slovenije (Slowenische Nationalversammlung) hat zwei Kammern: Državni zbor (Staatsversammlung, 90 Sitze, letzte Wahl am 15. Oktober 2000, nächste Wahl 2004) und Državni svet (Staatsrat, 40 Sitze, letzte Wahl Dezember 2002, nächste Wahl 2007).

- Parlamentspräsidenten: Borut Pahor (Staatsversammlung, ZLSD); Janez Sussnik (Staatsrat).

- Regierungschef: Mag. Anton Rop (LDS, Amtsantritt 20. Dezember 2002).

- Außenminister: Dr. Dimitrij Rupel (LDS, Amtsantritt 30. November 2000).

- Verwaltungsstruktur: 193 Gemeinden (davon 11 Stadtgemeinden). ▶

3. Grüne Parteien:

**Stranka Ekoloskih Gibanj - SEG
(Partei der ökologischen Bewegungen)**
(grün-alternativ)
0,9 %, kein Sitz.

Bei der letzten Parlamentswahl am 15. Oktober 2000 war eine "Vereinigte Liste der Grünen" (Združeni Zeleni - Zeleni Slovenije in Zelena Alternativa, ZZ) angetreten, die mit nur 0,9 % der Stimmen scheiterte und nicht ins Parlament einzutreten konnte. Im Anschluss bildete sich eine neue grün-alternative Gruppierung namens SEG ("Partei der ökologischen Bewegungen") um den Ex-Minister Leo Šašlerko.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: eko.konjice@siol.net
www.stranka-seg.com



**Stranka mladih Slovenije - SMS
(Partei der Jugend Sloweniens - zentralistisch, grün)**

Vorsitzender: Dominik S. Cernjak,
4,3 %, 4 Sitze.

Die neue, im Juli 2000 aus der Student/innenbewegung hervorgegangene Jugendpartei SMS erreichte vier Mandate. Sie stellt außerdem in 15 Gemeinden Vizebürgermeister/innen und ist in Mezäica (Nord-Slowenien) stärkste Partei.

Die am 4. Juli 2000 gegründete SMS ist ökologisch engagiert und NATO-Gegnerin. Sie will junge Menschen ermutigen, sich aktiv am sozialpolitischen Leben des Landes zu beteiligen und bezeichnet sich als "konstruktive" und "kooperationsbereite" Opposition.

Ziele der Partei:

- Soziale Gerechtigkeit,
- Menschenrechte und Grundfreiheiten,
- Rechtsstaatlichkeit,
- aktive Einbindung in die internationalen Umweltinitiativen und Konventionen,
- Erhöhung der Schutzgebietsfläche auf 30 %,
- Maßnahmen gegen Umweltsünder,
- Jagdsportverbot,
- Verbot von Gentechnik solange Risiken nicht geklärt sind.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: info@sms.si
www.sms.si
(Vorschläge zur Wasserpolitik und Abfallpolitik: "Basic political Values")



SEG-SMS-Koalition für die Europawahlen 2004

Die ökologische und in gesellschaftspolitischen Fragen (z.B. soziale Sicherheit) linke Positionierung von SEG und SMS hat zur Bildung einer Koalition für die Europawahlen 2004 geführt. Es bestehen eventuell Außenseiterchancen auf ein Mandat. Beide Parteien waren für einen EU-Beitritt ihres Landes, haben sich jedoch für ein "Nein" zum NATO-Beitritt ausgesprochen.

Vorrangige politische Ziele der Koalition:

- Begrenzung der Schadstoff-Emissionen;
- Effizienzsteigerung und Verbrauchersparung im Energiesektor;
- Bewahrung und Schutz der biologischen Verschiedenartigkeit und der natürlichen Ressourcen;
- Stärkung der Institutionen im Bereich Umweltschutz auf allen Ebenen;
- Einführung moderner Methoden der Müllverwertung;
- Verbesserung im Trink- und Abwasserbereich,
- bei allen Bereichen Erlangung des EU-Standards.



4. Parteienlandschaft:

In Slowenien gibt es in (fast) jedem Parteiprogramm einen "grünen" Abschnitt, besonders jedoch bei der Jugendpartei, die sich wirklich für ökologische Belange einsetzt. Auch in Slowenien gibt es einzelne Politiker/innen unterschiedlicher Parteien, die mit NGOs kooperieren und sich für die Umwelt engagieren.

Regierung:

Liberalna Demokracija Slovenije - LDS (Liberaldemokratische Partei)

Vorsitzender: Janez Drnovsek, 36 %, 34 Sitze.

Die 1994 gegründete LDS ist die erfolgreichste Partei in Slowenien. Sie entstand durch den Zusammenschluss der Demokratischen Partei, der Liberaldemokratischen Partei, der sozialistischen Partei und der grünen Sozialpartei.

Sie hat folgende Grundsätze:

- freie Marktwirtschaft,
- Globalisierung,
- soziale Sicherheit,
- Wirtschaftswachstum,
- pro- EU,
- Investition in Bildung,
- Reform von Verwaltung und Gesundheitswesen.

Die LDS ist Mitglied der Europäischen Liberalen Demokratischen und Reformpartei (ELDR) und der Internationalen Liberalen (LI).

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: lds@lds.si
www.lds.si



Zdruzena Lista socialnih demokratov - ZLSD (Vereinigte Liste der Sozialdemokraten)

Vorsitzender: Borut Pahor, 12 %, 11 Sitze.

1993 bildeten die Demokratische Reformpartei Slowenien (SPD), sozialdemokratische Union (SDU) und die Arbeiter- und Rentnerpartei (DeSUS) die ZLSD, die seit 1996 Mitglied der Sozialistischen Internationale und assoziierte Partei der Sozialdemokratischen Partei Europas ist. Sie hat ca. 27.000 Mitglieder.

Umweltpolitische Ziele aus dem Parteiprogramm:

"Umweltschutz verlangt ein verändertes Bewusstsein und muss ein Mechanismus der ökonomischen Erneuerung werden und neue Arbeitsplätze bieten. Dafür ist die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Industrie und Umweltgruppen notwendig. Nuklearenergie wird als zu gefährlich angesehen."

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: office@zlsd.si
www.zlsd.si

Slovenska Ljudska Stranka - SLS (Slowenische Volkspartei)

(konservativ)
Vorsitzender: Franc But, 9,6 %, 9 Sitze.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: tajnistvo@sls.si
ales.vehar@dz-rs.si
barbara.gracner@dz-rs.si
www.sls.si
(keine englischen Informationen)

Demokracicne stranke upokojencev Slovenije - DeSUS (Demokratische Partei der Rentner Sloweniens)

Vorsitzender: Anton Rous, 5,2 %, 4 Sitze.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: desus@siol.net
www.desus.si
(keine englischen Informationen)



Opposition:

Socialdemokratska Stranka Slovenije - SDSS (Sozialdemokratische Partei Sloweniens)

(konservativ, sozialdemokratisch)
Vorsitzender: Janez Jansa, 16 %, 14 Sitze.

Die SDSS ist die zweitgrößte Partei Sloweniens.

Programmschwerpunkte:

- demografische Entwicklung,
- Umweltschutz,
- Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und Atomenergie,
- moderne elektronische Kommunikation und Entmilitarisierung.

Die SDSS ist ausdrücklich für Globalisierung. Das Thema Umwelt findet keine nennenswerte Erwähnung.

Die SDSS ist Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Centre Democrat International (CDI).

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: tajnistvo@sds.si
www.sds.si
(Programm, ausführliche Informationen)

Nova Slovenija Krscanska ljudska stranka - NSi

(Christdemokratische Partei)
Vorsitzender: Dr. Andrej Bajuk, 8,6 %, 8 Sitze.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: tajnistvo@nsi.si, ljubljana@nsi.si
www.nsi.si
(keine englischen Informationen)

Stranka mladih Slovenije - SMS (Partei der Jugend Sloweniens)

(Mitte, grün)
s.o.

Slovenska Nacionalna Stranka- SNS (Slowenische Nationale Partei)

(nationalistisch)
Vorsitzender: Zmago Jelincic pl., 4,4 %, 4 Sitze.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: info@sns.si
www.sns.si
(keine englischen Informationen)



TSCHECHISCHE REPUBLIK

1. Umweltpolitik und EU-Recht

Auch wenn es noch weiterer Anstrengungen bedarf, hat die Tschechische Republik in vielen Bereichen ein hohes Maß an Übereinstimmung mit der EU-Gesetzgebung erreicht. Beim Straßen- und Luftverkehr ist das Land weitgehend mit EU-Recht im Einklang, während beim Schienenverkehr noch Anstrengungen erforderlich sind.

Umweltproblem Energiepolitik

Im Energiebereich ist die Lage für ein wettbewerbsorientierten Elektrizitätsmarkt weit fortgeschritten. Tschechien hat alle Empfehlungen des Ratsbericht über die Nukleare Sicherheit im Kontext der EU-Erweiterung angenommen und arbeitet an der Umsetzung.

Fortschritte wurden auch bei der Umstrukturierung der Energiemärkte und der Privatisierung gemacht. Der Monopolgasimporteure und Eigentümer des Transitznetzes wurde im Mai 2002 privatisiert. Der Kohlensektor ist noch weitgehend unangetastet geblieben. In der Energieeffizienz hat die Regierung das erste jährliche staatliche Förderprogramm für Energieeinsparung und der Verwendung erneuerbarer Energien erlassen, dessen Grundlage das nationale Programm zur sparsamen Energiebewirtschaftung und Verwendung erneuerbarer Energie ist.

Das Kioto-Protokoll wurde 2001 ratifiziert.

Umweltproblem Landwirtschaft

Im Bereich ökologischer Landbau hat das Ministerium einen Kodex für die "gute landwirtschaftliche Praxis" erarbeitet und einem großen Personenkreis übermittelt.

Umweltproblem Luft und Wasser

Bei der Luft- und Wasserqualität wurden große Fortschritte bei der Gesetzesangleichung erzielt, es müssen aber noch weitere Rechtsvorschriften verabschiedet werden, um die Umsetzung zu vervollständigen.

Ein Gesetz über die integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzungen wurde im Februar 2002 verabschiedet und trat im Januar 2003 in Kraft. ▶

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Die tschechische Regierung hat in der zweiten Hälfte des Jahres 2001 eine nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet, die auf das sechste EU-Umweltaktionsprogramm abgestimmt wurde.

Chemikalien und Gentechnik

In den Bereichen Chemikalien und gentechnisch veränderte Organismen wurden im vergangenen Jahr ebenfalls Rechtsvorschriften verabschiedet.

2. Politisches System

- Staatsgründung: 28. Oktober 1918, Gründung der Tschechoslowakischen Republik: 25. Februar 1948, 29. März 1990: Umbenennung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR) in Tschechoslowakische Föderative Republik (CSFR). 1. Januar 1993: Tschechische Republik (Trennung der Slowakischen Republik von der Föderation).
- Verwaltungsstruktur: Zentrale Verwaltung mit 14 Regionen. Verwaltungsgliederung: 72 Distrikte.
- Regierungsform: Parlamentarische Demokratie.
- Parlament: Abgeordnetenhaus des tschechischen Parlaments, 200 Sitze, mit auf vier Jahre gewählten Mitglieder (letzte Wahl am 14./15. Juni 2002, Wahlbeteiligung: 58 %, die nächste Wahl findet im Juni 2006 statt).
- Senat: letzte Wahl am 26. Oktober 2002, 1. Runde, und am 2. November 2002, 2. Runde. Wahlbeteiligung: 1. Runde: 24 %, 2. Runde: 33 %.
- Staatsoberhaupt: Václav Klaus, Präsident der Republik. Er wurde am 28. Februar 2003 für fünf Jahre vom Parlament gewählt. Zu den Aufgaben des Staatspräsidenten gehört die Ernennung der Regierungsmitglieder und die Leitung der Zentralbank.
- Regierungschef: Ministerpräsident Vladimír Špidla (CSSD).
- Außenminister: Cyril Svoboda (KDU-CSL)
- Minderheiten: Roma, deren Situation sich in den letzten Jahren zwar verbessert hat, die aber weiterhin ökonomisch und sozial marginalisiert sind. ▶

3. Grüne Parteien:

Strana Zelený'ch (Grüne Partei)

2,4 %, kein Sitz.

Die 1990 gegründete Grüne Partei hatte zunächst Probleme, sich innerhalb des politischen Systems des Landes zu behaupten. So konnte sie an den Parlamentswahlen 1996 nicht teilnehmen - vor allem die knappen finanziellen Ressourcen und das schlechte Abschneiden bei Lokalwahlen spielten hier eine Rolle. Trotz anfänglicher breiter Unterstützung und vieler Mitglieder bei den letzten Parlamentswahlen scheiterte die Partei 2002 an der Fünf-Prozent-Hürde. 1997 trat die Partei der EFGP (European Federation of Green Parties) bei.

Auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten aus der Krise wandte man sich an NGOs, die schließlich einige Kandidat/innen für die Lokalwahlen im Jahr 2002 stellten, jedoch ohne Erfolg. NGO-Aktivisten, Journalisten und Intellektuelle entschieden daraufhin im Juni 2002, der Partei beizutreten und sie von innen zu ändern. Sie starteten eine "dunkelgrüne" Kampagne und riefen dazu auf, der Partei beizutreten. Mehrere hundert Mitglieder (Intellektuelle, Jugendliche u.a.) folgten dem Aufruf. In der folgenden Zeit wurde viel Arbeit investiert, die Partei komplett umstrukturiert und im April 2003 ein neues Leitungsgremium gewählt. Neuer Vorsitzender ist Jan Beránek (vorher Chef von Hnutí DUHA/Friends of the Earth Tschechien).

In Zusammenarbeit mit der "Partei für eine offene Gesellschaft" (SOS), die auf kommunaler Ebene zahlreiche Posten besetzt, werden die tschechischen Grünen im Juni 2004 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wohl über die Fünf-Prozent-Hürde kommen und haben damit die besten Chancen aller neuen EU-Beitrittsländer auf ein grünes Europaparlaments-Mandat.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: info@stranzelenych.cz
www.zeleni.net
(keine englischen Informationen)
Weitere Informationen:
www.europeangreens.org

4. Parteienlandschaft

In der Tschechischen Republik gibt es bei allen Parteien "grüne" Abschnitte in den Parteiprogrammen. In der täglichen Politik allerdings setzten sich vor allem einzelne Politiker unterschiedlicher Parteien aktiv für den Umweltschutz und Themen der Umweltpolitik ein.

Regierung:

Die Regierungskoalition aus CSSD, KDU-CSL und US-DEU besitzt zur Zeit nur eine Sitzmehrheit. Bei den Präsidentenwahlen gelang es der Regierung nicht, einen eigenen Kandidaten durchzusetzen.

Ceska strana socialne demokraticka - CSSD (Tschechische Sozialdemokratische Partei)

Vorsitzender: Vladimír Špidla,
30 %, 70 Sitze.

Die CSSD ist die älteste politische Partei, gegründet 1878, noch im Königreich Österreich-Ungarn. Nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 gingen einige Politiker der Sozialdemokraten ins Ausland und gründeten die Partei im Exil.

Nach der politische Wende wurde die Partei am 19. November 1989 wiedergegründet und kam 1998 zum ersten Mal in die Regierung. Die Partei hat vor allem in den Bereichen Wirtschaftspolitik, Verwaltungsreform, Dezentralisierung und Korruptionsbekämpfung Erfolge erzielen können. ▶

Umweltpolitische Grundsätze aus dem Parteiprogramm:

"Es ist zunächst unsere Mitgliedschaft in der EU, die auf dem Gebiet der Umwelt erfordert, dass die Wirtschaftspolitik als integrierten Teil den Umweltschutz haben muss. Wir werden wirtschaftliches Wachstum dank der ökologisch orientierten ökonomischen Konzepte erreichen, die inakzeptablen Auswirkungen auf die Umwelt unterbinden, die in Wirklichkeit eine Verschiebung heutiger wirtschaftlicher Kosten in die Zukunft bedeuten und die zukünftigen Generationen belasten.

Wir werden unserer Industrie Staatsanleihen und Kredite mit geringeren Zinssätzen gewähren, wenn diese umweltfreundliche Technologien einführen, die auf eindeutigen Kriterien, welche im Voraus angekündigt werden, basieren.

Wenn wir uns um unsere natürlichen Ressourcen kümmern, bevorzugen wir ihre unproduktiven Funktionen - die ökologischen. Deshalb werden wir versuchen, die Übertragung der nicht-ökonomischen Zuständigkeiten im Bereich von Forst- und Wasserversorgungswirtschaft zurück zum Umweltministerium durchzusetzen. In Hinblick auf die Gesetze, die sich auf Geldbußen für Umweltverschmutzung (insbesondere von Wasser und Luft) beziehen, werden wir strenger werden bezüglich der Höhe der Strafen, und gleichzeitig werden wir diese Gesetze mit den Anforderungen der Europäischen Union in Übereinstimmung bringen.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: info@socdem.cz
www.socdem.cz



Krestansko-demokraticka unie - Ceskoslovenska strana lidova (KDU-CSL, Christlich-Demokratische Union/ Tschechoslowakische Volkspartei
(heute "Koalice" zusammen mit der US)
Vorsitzender: Cyril Svoboda

Die KDU-CSL ist eine konservative christlich-demokratische Mitte-Rechts-Partei mit etwa 55.000 Mitgliedern. Sie ist Mitglied der Christdemokratischen Internationale und außerordentliches Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP).

Umweltpolitische Grundsätze aus dem Parteiprogramm:

"Wir schaffen die Bedingungen für eine umfangreichere Abfalltrennung und für das Recycling. Wir unterstützen ökologisch schonenden kombinierten Verkehr. In der Reform der Steuersätze setzen wir auch ihre ökologische Dimension durch.

Ziel der Energiepolitik der EU ist die Erreichung des zwölfprozentigen Anteils der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen bis 2010. Wir werden uns darum bemühen, dass die Tschechische Republik nicht hinter diesem Ziel zurückbleibt."

Des Weiteren will die Partei keine weiteren Atomkraftwerke bauen, gegen Umweltsünder vorgehen, veraltete Techniken ersetzen, die Ausplünderung des Naturreichtums des Landes stoppen und das Netz von Schutzgebieten, vor allem im Bereich Natura 2000 der Europäischen Union, ausweiten.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: inter.office@kdu.cz
www.kdu.cz



Unie svobody - Demokraticka unie - US-DEU (Freiheitsunion - Demokratische Union)
(rechtsliberal konservativ)
Vorsitzender: Petr Mareš,
14 %, 21 Sitze.

Am 17. Januar 1998 wurde die Freiheitsunion nach dem Bruch mit der ODS (Bürgerliche Demokratische Partei) gegründet.

Ihre Ziele sind:

- Freiheit und wenig Staatskontrolle/Einmischung,
- freie Marktwirtschaft,
- pro-EU,
- Internationale Pluralität, Offenheit nach Außen,
- transparente Finanzierung,
- Dezentralisierung,
- Antikommunismus.



Opposition:

Obcanska demokraticka strana - ODS (Bürgerlich-Demokratische Partei)
(konservativ)
Vorsitzender: Mirek Topolánek,
25 %, 58 Sitze.

Die im April 1991 gegründete ODS entstand nach dem Zusammenbruch des Bürgerlichen Forums, der treibenden Kraft der politischen Wende im November 1989. 1996 schloß sich ihr die christdemokratische KDS an.

Bei den vorgezogenen Wahlen im Frühjahr 1998 bekam die ODS 28 % der Stimmen und wurde zweitstärkste Partei nach den Sozialdemokraten. Vaclav Klaus (ODS) wurde Ministerpräsident.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: hk@ods.cz
www.ods.cz
(Parteiprogramm; das Thema Umwelt wird nicht behandelt)

Komunisticka a strana Cech a Moravy - KSCM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens)

Vorsitzender: Miroslav Grebeníček,
19 %, 41 Sitze.

1989 entschied der Kongress der Kommunisten, eine territoriale Organisation in Böhmen und Mähren zu gründen, was am 31.5.1990 erfolgte. Sie arbeiten mit anderen linken Kräften Tschechiens zusammen, ihr Ziel ist der Sozialismus.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: tiskove.oddeleni@kscm.cz,
leftnews@kscm.cz
www.kscm.cz



UNGARN

1. Umweltpolitik und EU-Recht

Ungarn hat ansehnliche Fortschritte durch die Verabschiedung von Rechtsvorschriften und der Schaffung der Verwaltungskapazitäten erzielt. Der nationale Umweltirat (Vertreter aus Wissenschaft, NGOs und Industrie) berät die Regierung und kann in allen Bereichen zu Gesetzesentwürfen und Programmen Stellung nehmen. Die Wirtschaftsstrategie und die sektoralen Entwicklungsprogramme werden unter Berücksichtigung von Umweltbelangen ausgearbeitet. Im August 2002 hat Ungarn das Kioto-Protokoll ratifiziert.

Dennoch sind Maßnahmen in fast allen Bereichen nötig, insbesondere die Umsetzung eines nationalen Abfallbewirtschaftungsplans sowie eines Luftqualitätsplans gegen die Überschreitung von Grenzwerten. Die Zuständigkeiten bei der Umweltüberwachung (besonders Wasserqualität) sind komplex und dadurch nicht immer eindeutig. Generell müssen die Verwaltungsstrukturen im Umweltbereich effektiviert werden. Im folgenden muss sich Ungarn vor allem auf die vollständige Umsetzung des Besitzstandes in den Bereichen Luftqualität, Abfallentsorgung, Naturschutz und Chemikalien sowie den Ausbau der Verwaltungskapazitäten konzentrieren.

Umweltproblem Energiepolitik

Ein Energieeffizienzprogramm mit den Hauptzielen Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Energieeinsparung wurde eingeleitet. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll von derzeit 3,6 auf mindestens 6 % 2010 erhöht werden. Das Energiezentrum (Verwaltungsstelle für Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Umweltschutz) wurde von 20 auf 65 Mitarbeiter ausgebaut.

Umweltproblem Kernenergie

Ungarn betreibt in Paks ein KKW mit vier Blöcken (Typ WER-440/213), die aufsichtsrechtliche Überprüfung des Druckabbausystems des Sicherheitsgebäudes steht noch aus. Generell muss die Atomenergiebehörde unabhängiger von Einrichtungen werden, die sich der Förderung der Kernenergie verschrieben haben. Im April 2002 ist das Gesetz zur Genehmigung der grenzüberschreitenden Verbringung radioaktiver Abfälle in Kraft getreten. ▶

2. Politisches System

- Regierungsform: Parlamentarische Demokratie mit Einkammerparlament.
- Verfassung: Nach der politischen Wende 1989/90 wurde auch das ungarische Staatswesen erneuert. Am 23. Oktober 1989 trat die modifizierte Verfassung in Kraft (hat u.a. das deutsche Grundgesetz von 1949 zum Vorbild). Die Regierung ist dem Parlament verantwortlich, für die Regierungstätigkeit trägt der Ministerpräsident Verantwortung. Um die größtmögliche Stabilität der Regierung zu gewährleisten, ist ein konstruktives Misstrauensvotum möglich. Das Parlament wählt den Präsidenten, die Ministerpräsidenten, die Mitglieder des Verfassungsgerichts, den Ombudsmann der Minderheiten, den Präsidenten des Obersten Gerichts und den Generalstaatsanwalt.
- Staatsoberhaupt: Präsident, vom Parlament für fünf Jahre gewählt; Prof. Ferenc Mádli (parteilos); seit August 2000.
- Regierungschef: Dr. Péter Medgyessy (seit 27. Mai 2002).
- Außenminister: László Kovács (MSzP).
- Parlament: Nationalversammlung (Országgyűlés) mit 386 auf vier Jahre gewählten Abgeordneten, 71 % Wahlbeteiligung.
- Wahlrecht: Fünf-Prozent-Klausel.
- Verwaltungsstruktur: Zentralisiertes Verwaltungssystem.
- Verwaltungsgliederung: 19 Komitate, Hauptstadtbezirk.
- Minderheiten: Die Rechte der in Ungarn lebenden dreizehn anerkannten nationalen und ethnischen Minderheiten sind im Minderheitengesetz von 1993 verankert. Dieses räumt den Angehörigen der Minderheiten weitgehende individuelle und kollektive Rechte ein, das sind in erster Linie kulturelle Autonomierechte wie das Recht auf muttersprachlichen Unterricht. Frei gewählte Selbstverwaltungen der Minderheiten auf kommunaler sowie auf Landesebene setzen sich aktiv für die Wahrnehmung ihrer Rechte ein. ▶

3. Grüne Parteien:

Es gibt in Ungarn vier grüne Parteien, von denen nur die "Grünen Demokrat/innen" einen mäßigen politischen Erfolg verbuchen können:

Zöld Demokraták - ZD (Grüne Demokrat/innen)

3,9 % für "Zentrum"-Koalition (2002), kein Sitz.

Die ungarischen "Grünen Demokrat/innen" haben bei der Parlamentswahl im April 2002 in dem Wahlbündnis "Zentrum" mit anderen Kleinparteien und unabhängigen Lokalpolitiker/innen kandidiert, sind jedoch an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Daneben gibt es in Ungarn etwa ein Dutzend grüne Gemeinderät/innen, darunter in den südungarischen Städten Szeged und Pécs.

Die ZD sind Mitglied der Europäischen Grünen Föderation.

Politische Schwerpunkte: Die Grünen waren 1997 gegen einen NATO-Beitritt Ungarns, sind aber für den EU-Beitritt, auch wenn sie in Fragen wie etwa der Transitpolitik für Veränderungen kämpfen. Voraussichtlich wird es zu einer eigenständigen grünen Kandidatur für die Europaparlamentswahlen 2004 kommen, mit Außenseiter-Chancen auf ein Mandat.

Parteigeschichte: Aus einer Protestbewegung im Donaukreis gründete sich einige Monate vor der ersten freien Wahl Ungarns 1989 die MZP - Magyarországi Zöld Párt (Ungarische Grüne). Sie hatte jedoch keine Chance auf einen Wahlerfolg. Da die Partei eher rechts orientiert war, spaltete sich 1993 die Grüne Alternative ab, die es aus finanziellen und Imagegründen sehr schwer hat, da mit dem Namen "Grüne" die MZP assoziiert wird.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: zd@zd.hu
www.zd.hu
www.europeangreens.org

4. Parteienlandschaft

1989 wurde nach vierzig Jahren Einparteiensystem in Ungarn das Mehrparteiensystem wieder eingeführt. Dabei wurden sowohl alte Parteien wiederbelebt als auch neue gegründet. Bei den letzten Wahlen schlugen 21 Parteien Einzelkandidaten vor.

Die großen Parteien haben alle "grüne Abschnitte" in ihren Programmen, jedoch existieren Umweltthemen meist mehr auf dem Papier als in der Tagespolitik. Wirtschaftspolitik dominiert das Themenspektrum der Parteien. Ungarischen NGOs zufolge gibt es zwar Kontakte zu einzelnen Politikern, die NGOs schätzen ihren Einfluss aber eher als gering ein.

Regierung:

Magyar Szocialista Párt - MSZP (Ungarische Sozialistische Partei, sozialdemokratisch)

Parteivorsitzender: László Kovács, 42 %, 178 Sitze.

Die am 7. Oktober 1989 gegründete MSZP hat sozialdemokratische Grundsätze und ist seit 1990 Parlamentspartei.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: info@mszp.hu
www.mszp.hu
(keine englischen Informationen)

Szabad Demokraták Szövetsége - SZDSZ (Bund Freier Demokraten) (liberal)

Parteivorsitzender: Gábor Kuncze, 5,5 %, 20 Sitze.

Die SZDSZ wurde am 13. November 1988 gegründet.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: szdsz@szdsz.hu
www.szdsz.hu
(keine englischen Informationen)

Opposition:

Fidesz - Magyar Polgári Párt - FIDESZ-MPP (Ungarische Bürgerliche Partei) (konservativ)

Vorsitzender: Dr. János Áder, 164 Sitze.

Von ihrer Gründung am 30. März 1988 bis zum 29. April 1995 trug die Partei den Namen "Bund Junger Demokraten". Seit 1990 ist die FIDESZ-MPP größte Oppositionspartei. Anfang 2003 setzte sich die Partei das Ziel, eine neue konservative Volkspartei zu werden, die das Mitte-Rechts-Spektrum vereinen und breitere Bevölkerungsschichten ansprechen will.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: fidesz@fidesz.hu
www.fidesz.hu

Magyar Demokrata Fórum - MDF (Ungarisches Demokratisches Forum) (konservativ, christlich)

Parteivorsitzende: Justizministerin Ibolya Dávid, 24 Sitze.

Das Forum wurde am 27. September 1987 gegründet und kämpft vor allem gegenüber der FIDESZ-MPP um ein eigenes Profil.

Weitere Informationen:
www.mdf.hu

Nicht im Parlament vertretene Parteien:

Független Kisgazda, Földmunkás és Polgári Párt - FKGP (Unabhängige Partei der Kleingrundbesitzer, Landarbeiter und Bürger)

(konservativ)
Vorsitzender: Dr. József Torgyán, 0,8 %, keine Sitze.

Gegründet am 18. November 1988, regierte die Partei zwischen 1990 und 1994 mit den Koalitionspartnern MDF und KDNP. Seit 1998 ist sie Mitglied des Oppositionsbündnisses mit FIDESZ und MDF.

Weitere Informationen:
www.fkgp.hu

Centrumpárt - CP (Zentrumspartei) 3,9 %, kein Sitz.

Munkáspárt - MP (Arbeiterpartei) (kommunistisch) 2,8 %, kein Sitz.

Szociáldemokrata Párt - SZDP (Sozialdemokratische Partei)

Die SZDP wurde 1980 das erste Mal und am 21. November 1989 wieder gegründet. Bisher hat sie bei den Wahlen erfolglos abgeschnitten. Mitglieder sind vor allem junge Menschen.

Hauptziel: Wiedereinzug ins Parlament, d.h. Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: szdp_@hu.inter.net
www.szdp.hu

Zöld Demokraták - ZD (Grüne Demokraten)

s.o.



ZYPERN

1. Umweltpolitik und EU-Recht

Es wurden Fortschritte bei der Rechtsangleichung erzielt und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gestärkt, jedoch sind noch weitere Maßnahmen in fast allen Bereichen nötig.

Umweltbelange wurden weiter in andere Politikbereiche einbezogen, das Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) war hier ein wichtiger Schritt. Steuerliche Anreize für kleine Unternehmen zum umweltverträglichen Wirtschaften wurden geschaffen und das EU-System für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung EMAS sowie internationale Umweltnormen gefördert.

Besonderer Handlungsbedarf besteht im Abfallbereich (Deponien). Vor allem im Bereich Luftreinhaltung und Abfall müssen die Verwaltungskapazitäten verbessert werden.

Umweltproblem Energiepolitik

Im Mittelpunkt der Energiepolitik stehen die Förderung erneuerbarer Energien (Sonne, Wind) sowie die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen und der sparsame Energieeinsatz. Im Juni 2002 wurde das Strahlenschutzgesetz und die Verordnung über die Unterrichtung der Öffentlichkeit in nuklearen Notfällen erlassen. ▶

2. Politisches System

- Regierungsform: Republik, Präsidentialdemokratie. [In der Türkischen Republik Nordzypern gilt die Verfassung vom 5. Mai 1985.]
- Staatsoberhaupt: seit 1. März 2003 Präsident Tassos Papadopoulos (DIKO; nächste Wahl: Februar 2008), Vertreter: Parlamentspräsident Demetris Christofias (AKEL). [Im Norden: Präsident Rauf Denktaş (nächste Wahl 2005); Premierminister Dr. D. Eroglu (UBP).]
- Parlament: Das Abgeordnetenhaus (Vouli Antiprosópon) hat 59 Mitglieder: 56 durch Verhältniswahl für fünf Jahre gewählte Mitglieder und drei Mitglieder, die die maronitischen, romanisch-katholischen und gumenianischen Minderheiten repräsentieren. 24 Sitze sind der Türkischen Minderheit zugedacht. Parlamentspräsident ist Demetris Christofias (AKEL; nächste Wahl: 2006). Auf Zypern gibt es keine Fünf-Prozent-Klausel. [Im Norden hat das Parlament 50 Sitze, Parlamentssprecher ist Vehbi Zehi Serter (UBP).]
- Außenminister: George Jacovou (unabhängig), seit 1.3.2003. [Im Norden: Tahsin Ertugruglu (UBP), seit Januar 1999.]
- Verwaltungsgliederung: zwei Landesteile, Zentralverwaltung mit sechs Distrikten, davon zwei in Nordzypern, zwei geteilt.
- Zypern wurde 1960 nach bewaffneter Auseinandersetzung mit der Britischen Kolonialmacht unabhängig. 1974 Türkische Invasion auf Zypern. Bis heute sind 37 % der Insel von türkischen Truppen besetzt, es gibt ca. 200.000 Flüchtlinge und 1600 "vermisste Personen". Der Versuch, die beiden Teile vor dem EU-Beitritt wieder zu vereinigen, scheiterte bei der Volksabstimmung an der Ablehnung im Süden. ▶

3. Grüne Parteien:

Kinima Oikologoi Perivallontistoi - KOP (Ökologische Umweltbewegung Zyperns)

2 %, 1 Sitz.

Die Grüne Partei Zyperns wurde im Februar 1996 unter anderem von aktiven Umweltschützern und Mitgliedern von Interessenverbänden gegründet. Sie nahm nur drei Monate später an den Parlamentswahlen teil und bekam knapp zwei Prozent der Stimmen.

Im Dezember 1996 hatte die Partei ihren ersten Erfolg bei den Lokalwahlen, bei denen ein Mitglied in den Gemeinderat von Zyperns Hauptstadt Nicosia gewählt wurde. Nach den letzten Wahlen im Mai 2001 schickte die KOP ihren ersten Abgeordneten ins Parlament.

Die KOP hat auch inhaltlich bereits einige Erfolge zu verzeichnen, zum Beispiel das Ende der militärischen Übungen auf der Akamas-Halbinsel (Schutzgebiet) und ein Verbot von Zigarettenwerbung vor Schulen. Die Partei setzt sich u.a. für den Ausstieg aus der Kernenergie im östlichen Mittelmeerraum, eine nachhaltige Wasserwirtschaftspolitik und ein Gentechnikverbot ein.

Die Grünen sind Mitglied des Europäischen Bundes der Grünen Parteien.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: greenpar@cytanet.com.cy
environm@spidernet.com.cy
(Harry Karayan, International Relations)
www.cyprus-green-party.org
www.loenardo.spidernet.net/Gaia/251/whothis.htm
www.europeangreens.org

4. Parteienlandschaft

Regierung:

Anorthotikon Komma Ergazemenou Laou - AKEL (Progressive Partei der Arbeiter)

(sozialistisch, ehemalige Kommunisten)

35 %, 20 Sitze.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: k.e.akel@cytanet.com.cy
www.akel.org.cy/English/synderia.html



Aus dem Parteiprogramm der AKEL:

"In Zypern leidet die Umwelt durch die Existenz fremder Armeen und britischer Stützpunkte. [...]"

Wasser

Kontinuierliche Dürre der letzten Jahre und übermäßiger Verbrauch von Wasser haben Probleme und Wasserknappheit geschaffen. Der vorhandene Bedarf für Bewässerungen und Tourismus machen das Problem noch schwieriger.

Vorgeschlagene Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems:

- Studie, um einen einheitlichen Plan zur Verteilung und Nutzung des Wassers zu entwerfen.
- Wasserimport muss in vorläufiger Studie geprüft werden, vorbereitend für den Ernstfall).
- Gesetzgebung unterstützen, die für die Gründung einer Wasserbehörde eintritt.

Energie

Die Nutzung alternativer Energien (Sonne und Wind) muss Gegenstand ständiger Studien und Forschung sein; der Staat muss finanzielle Unterstützung bieten [...]"

Verschmutzung

Moderne Technologien müssen genutzt werden, um die Verschmutzung von Luft, Wasser, Boden zu verhindern und zu verringern.

[...] Eine Ökosteuer muss eingeführt werden.

Flora und Fauna

- Ökosysteme und Tiere katalogisieren, erforschen und schützen (verschiedene Salzseen etc.).
- Erhaltung des Nationalparks Akamas.

Recycling

Der Staat muss Bemühungen zum Bau von Recyclinganlagen unterstützen.

Abwasser

Der Bau von Kanalisation in allen Städten und Gemeinden muss beschleunigt werden.

Um die genannten Ziele zu erreichen, ist es notwendig, einen langfristigen Plan mit konkreten Zielen zu entwerfen und Mechanismen zur Kontrolle und zur Überwachung zu schaffen."

Dimokratikon Komma - DIKO (Demokratische Partei)

(liberal, Mitte bis Mitte-rechts)
15 %, 9 Sitze.

Die Demokraten sind die drittgrößte Partei Zyperns.

Kontakt und weitere Informationen:

eMail: diko@diko.org.cy
www.diko.org.cy

Kinima Sosialdimokraton - KISOS (Sozialdemokratische Bewegung)

6,5 %, 4 Sitze

Die KISOS gehört zur Sozialdemokratischen Partei Europas.

Kontakt und weitere Informationen:

eMail: socialdimokrates@cytanet.com.cy
www.kisos.org

Kinima Oikologoi Perivallontistoi - KOP (Grüne Partei)

s.o.



Opposition:

Dimokratikos Sinagermos - DISY (Demokratische Koalition)

(konservativ, christdemokratisch)
Präsident: Nicos Anastasiades,
34 %, 19 Sitze.

- Gegründet: 1976
- 35.000 Mitglieder.

Der Gründer und Ehrenvorsitzender Glafcos Clerides war Präsident der Republik von 1993-1998 und 1998-2003.

Die DISY ist die größte Partei Zyperns. Mit europäischer Orientierung leitete sie im Juli 1990 eine Kampagne, die mit dem Antrag Zyperns auf volle EU-Mitgliedschaft endete.

Grundsätze der Partei:

- Demokratie und Freiheit,
- christdemokratische Werte,
- Familie als Grundlage der Gesellschaft,
- Gemeinde als Kern des Staates.
- soziale Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, gleiche Möglichkeiten für alle.

Die DISY sieht sich selbst als Wegbereiter für die westliche Orientierung Zyperns. Sie ist Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP).

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: disy@disy.org.cy oder
epikinonia@disy.org.cy
www.disy.org.cy



Enomeni Dimokrates - EDI (Vereinigte Demokraten)

(liberal)
Präsident: George Vassiliou, 2,6 %, 1 Sitz

Die Partei der Vereinigten Demokraten ist durch die Fusion zweier anderer Parteien im Dezember 1996 entstanden: der Freien Demokraten und Adisok. Die EDI hat einen Sitz im Abgeordnetenhaus und ist Mitglied der Europäischen Liberalen und Demokratischen Reformpartei (ELDR).

Die Vereinigten Demokraten sind im Nationalrat vertreten (Beirat des Präsidenten zum Zypernproblem). George Vassiliou, EDI-Präsident und einstiger Präsident der Republik (bis März 2003), war Chefunterhändler der Beitrittsverhandlungen Zyperns mit der EU.

Kontakt und weitere Informationen:
eMail: contact@edi.org.cy
www.edi.org.cy

Agonistiko Dimokratiko Kinima - ADIK (Kämpfende Demokratische Bewegung)

(Mitte-rechts)
2,2 %, 1 Sitz



Parteien in Nordzypern

siehe auch www.electionworld.org/parties

Regierung:

Ulusal Birlik Partisi - UBP (Nationale Einigkeitspartei)

(nationalistisch)
24 Sitze.

Weitere Informationen:
www.come.to/ubp UBP

Baris ve Demokrasi Hareketi - BDH (Bewegung Frieden und Demokratie)

(Mitte-rechts)
13 Sitze.

Weitere Informationen:
www.barisvedemokrasi.net

Opposition:

Cumhuriyetci Türk Partisi - CTP (Republikanische Türkische Partei)

(sozialistisch)
6 Sitze.

Weitere Informationen:
www.ctpkibris.org

Toplumcu Kurtulus Partisi - TKP (Kommunale Befreiungspartei)

(sozialdemokratisch)
7 Sitze.

Weitere Informationen:
www.toplumcukurtuluspartisi.org

Nicht im Parlament vertretene Parteien:

Kibris Sosyalist Partisi (Zyprische Sozialistische Partei)

Weitere Informationen:
www.st-cyprus.co.uk/ksp/ksp.htm

Yurtserver Birlik Hareketi (Patriotische Vereinigungsbewegung)

Weitere Informationen:
www.yenicag-net.com/ybh



NGO-Kontakte:**Estland:****REC - Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe**

Ravala str. 8, B 415, EE-10143 Tallinn
Tel./Fax 00372 6 605 018
eMail: info@recestonia.ee
www.recestonia.ee

Estonian European Movement

Roosikrantsi 11, EE-10119 Tallinn
Tel. 00372 56 64 25 65
Fax 00372 620 79 88
eMail: info@euroopalikumine.ee
www.euroopalikumine.ee

Estonian Nature Foundation

Riia 185A, PO Box Pk 245,
EE-50002 Tartu
Tel. 00372 7 428-443, Fax -166
eMail: elf@elfond.ee
www.elfond.ee

Estonian Green Movement (Friends of the Earth Estonia)

Tiigi Street 8-24, PO Box 318,
EE-50002 Tartu
Tel. 00372 7 422-532, Fax -084
eMail: info@roheline.ee

Büro Tallinn: Rävåla bvd 8, room B-202,
PO Box 1521, EE-10402 Tallinn
Tel./Fax 00372 6413402
eMail: roheline@online.ee
www.roheline.ee

Estonian Environmental Women's Union (Eesti Roheline Naisühing)

Narva mnt. 25-309, EE-10120 Tallinn
Tel./Fax 00372 6 409490

Estonian Environment Information Centre

Mustamäe tee 33, EE-10616 Tallinn
Tel. 00372 673 7577
Fax 00372 656 4071
eMail: info@ic.envir.ee
www.envir.ee/itk

ESNC - Estonian Society for Nature Conservation

Koidu str. 80, EE-10139 Tallinn
Tel. 00372 511 70 41
Fax 00372 648 15 84
eMail: nature@hot.ee
www.elks.ee

Peipsi Center for Transboundary Cooperation - CTC

Aleksandri 9, EE-51004 Tartu
Tel. 00372 7 302-302, Fax -301
eMail: tartu@ctc.ee
www.ctc.ee
www.lake.peipus.net

European Youth Forest Action Estonia (Euroopa Noorte Metsaaktsioon Eestis)

Tööste 3, EE-10413 Tallinn
Helen Alumäe
Tel. 00372-51256241, Fax -6492087
eMail: helengo@ut.ee

Viljandi Youth Society for Nature Preservation (Viljandi Noorte Loodushoiu Ühendus - VNLÜ)

Vabaduse plats 2-103, EE-71020 Viljandi
Tõnis Korts
Tel. 00372 43 33-584, Fax -461
eMail: tonis@mv.matti.ee

Lettland:**REC - Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe**

eMail: reclat@parks.lv

NVO-Centers (NGO-Dachorganisation)

52/54 - 22, Lacplesa Str., LV-1011 Riga
Tel. 00371 728-3283, Fax -9227
eMail: info@ngo.org.lv

Avotnieki - Association of Environment Educators

Matkules pagasts, Tukuma rajons, LV-3132
eMail: lelita@e-apollo.lv

Baltic Environmental Forum

Peldu 26/28, Room 505, LV-1050 Riga
Tel. 00371-7357555, Fax -7507071
eMail: bef@latnat.lv
www.bef.lv

Environmental Protection Club (Friends of the Earth Latvia)

VAK birojs atrodas Riga, Vecpilsētas ielā 13/15, Riga (bijušā Latvijas Tautas frontes nama)
Tel. 00371 7226042
eMail: vak@vak.lv
int@vak.lv

The World Nature Fund (Pasaules Dabas Fond)

Elizabetes iela 8-4, LV-1010 Riga
Tel. 00371 75056-40, Fax -51
wwf@com.latnet.lv

Litauen:**Lithuanian Green Movement (Lietuvos Zaliuju Judejimas)**

Bustine: Kanto g. 6, LT-3000 Kaunas
Laiškams: A/D 156, LT-3000 Kaunas
Tel. 00370 37 425-566, Fax -207
eMail: zalieji@zalieji.lt
www.zalieji.lt

Environmental Policy Center

Juozapaviciaus 6/2, LT-2005 Vilnius
Tel. 00370 2 72-7152, Fax -8961
www.aapc.lt

Lithuanian Fund for Nature (Lietuvos Gamtos Fondas - LGF)

Algirdo St. 22 - 3, LT-2006 Vilnius
Tel. 00370 5 2310-700, Fax -441
eMail: info@glis.lt; ruta.v@glis.lt
www.glis.lt

Lithuanian Ornithological Society (BirdLife Lithuania)

www.birdlife.lt

Malta:**ECO - The Malta Ecological Foundation**

P.O. Box 322, Valletta CMR 01, Malta
Fax 00365 338780
eMail: eco@ecomalta.org
www.ecomalta.org

Nature Trust Malta

P.O. Box 9, Valletta CMR 01, Malta
63, Pope Urbanus Street 8, Birkirkara, Malta
Tel./Fax 00356 21472036
mobil: 00356 99422086
eMail: info@naturetrustmalta.org

BirdLife Malta

57/28, Triq Rigord, Ta'Xbiex MSD 12, Malta
Tel. 00356 2134-7646, Fax -239
www.birdlifemalta.org
eMail: info@birdlifemalta.org

Polen:

ISD - Institute for Sustainable Development (Instytut Na Rzecz Ekorozwoju)

ul. Nabelaka 15 lok. 1,
PL-00 743 Warszawa
Tel. 0048 22 851 04-02, Fax -00
eMail: ine@ine-isd.org.pl
www.ine-isd.org.pl

PKE - Polski Klub Ekologiczny

Plac Zamkowy 10, II p.,
PL-00 277 Warszawa
Tel./Fax 0048 22 831 28 30
eMail: bzt@most.org.pl
klub@eko.wroc.pl

International Coalition to Protect the Polish Countryside - ICPPC

PL-34-146 Stryków 156
Tel./Fax 0048 33 8797114
eMail: biuro@icppc.pl
www.icppc.pl

Dolnoslaska Fundacja Ekorożwoju (Oberschlesische Stiftung für Nachhaltige Entwicklung)

ul. Białoskórnicza 26, PL-50 132 Wrocław
Tel. 0048 71-343 08 49, Fax -344 59 48
eMail: biuro@eko.wroc.pl

Klub Gaja

PO Box 261, PL-43 301 Bielsko Biala
Tel./Fax 0048 33 812 36 94
eMail: klub@gaja.most.org.pl

Biuro Wspierania Lobbyingu Ekologicznego - BWLE (Büro zur Unterstützung des Öko-Lobbying)

ul. Ostrogórska 29a/28,
PL-41 200 Sosnowiec
eMail: biuro@bge.most.org.pl

Slowakei:

REC - Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe

Vysoka 18, SK-811 06 Bratislava
Vlado Hudek, Leiter
Daniel Skobla, Projektmanager
eMail: rec@changenet.sk
www.rec.sk

Slowenien:

UMANOTERA - The Slovenian Foundation for Sustainable Development

Resljeva 20, SL-1000 Ljubljana
Tel. 00386 1 439 71-00, Fax -05
eMail: marjana@umanotera.org

REC - Regionalni center za okolje za srednjo in vzhodno Evropo (Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe)

Tatjana Studen, Slovenska cesta 5,
SL-1000 Ljubljana
Tel./Fax 00386 1 425-7065, -6860
eMail: rec-slovenia@guest.arnes.si
www.rec-lj.si

Institute for Sustainable Development - ITR

Metelkova 6, SL-1000 Ljubljana
Tel. 00386-41725 991, Fax -14397105
eMail: anamarija.slabe@itr.si
www.itr.si

Tschechische Republik:

ZK - Zelený Kruh (Green Circle)

Lubanska 18, CZ-120 00 Praha 2
Tel. 004202 2251-7143, Fax -8319
eMail: zuzana.drhova@ecn.cz
www.ecn.cz/GreenCircle

SSL - Society for Sustainable Living

Na Hanspaulce 7
CZ-160 00 Praha 6
Tel. 00420-603841304, Fax -251620441
eMail: jiri.dlouhy@czp.cuni.cz

YEE - Youth and Environment Europe

Ekologicke Centrum Toulcuv Dvur, Kuba-
tova 1/32, CZ-102 00 Praha 10-Hostivar
Tel. 00420 2 717506-43, Fax -48
eMail: yee@ecn.cz
Web: www.ecn/yee

IEP - Institute for Environmental Policy

Ustav Pro Eopolitiku, Hradebni 3,
CZ-110 00 Praha 1
Tel./Fax 00420 2 24826593
eMail: iep@ecn.cz

REC - Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe

Kancelar REC CR, Senovazna 2,
CZ-110 00 Praha 1
Tel./Fax 00420 224 22 28 43
eMail: rec@reccr.cz
www.reccr.cz

Hnutí DUHA (Bewegung Regenbogen, Friends of the Earth Czech Republic)

Bratislavská 31, CZ-60200 Brno
Tel. 00420 545214431
Fax 00420 607501967
eMail: centrum@hnutiduha.cz
www.duhafoe.cz

Brontosaurus (Regionalverband)

Steborice 94, CZ-74701 Steborice
Tel. 00420 607501967
eMail: areka_opava@quick.cz
www.areka.8k.com/areka

Cesky svaz ochrancu prirody (Tschechischer Bund der Naturschützer)

Uruguayská 7, CZ-12000 Praha 2
Tel. 00420222516115
eMail: csop@ecn.cz
www.csop.cz

Ungarn:

National Society of Conservationists

Üllői U. 91/b III/21, HU-1091 Budapest
Tel. 0036 1 21672-97, Fax -95
eMail: ifarkas@zpkok.hu

Clean Air Action Group

PO Box 1676, HU-1465 Budapest
Tel. 0036 1 361 36-31, -30
Fax 0036 1 365 04 38
eMail: levego@levego.hu

Ecological Institute for Sustainable Development

Kossuth Utca 13, HU-3525 Miskolc
Tel./Fax 0036 46 352010
eMail: biodivhu@mail.matafv.hu

Central & East Europe working group for the enhancement of biodiversity

Kossuth Utca 13, HU-3525 Miskolc
Tel. 0036 46 413 390
Fax 0036 46 352 010
eMail: ceeweb@ceeweb.org

Zypern:

Federation of environmental and ecological organisations of Cyprus

4 Liperti street, CY-2121 Aglantija
Tel. 00357 2 511397
Fax 00357 2 423963
eMail: theodosioua@hotmail.com

Quellen

Alle Informationen in diesem Heft sind zusammengestellt aus Befragungen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Politiker/innen der einzelnen Länder, Informationen verschiedener Internetseiten sowie aus den jeweiligen Parteiprogrammen.

Allgemeine Informationen auch unter:
http://planet.gruene.at/planet30/gruen/g_potent_m.html
 (Bericht von Gerhard Jordan)
www.europeangreens.org

EU-Rundschreiben und Sonderteile im Internet

www.dnr.de

heißt die Internetseite des DNR. Ein Klick auf das blaue Titelblatt bringt Sie sofort zum EU-Rundschreiben. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- den aktuellen Sonderteil als PDF-Datei zur Ansicht und zum Download
- alle bisherigen Ausgaben und Sonderteile ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)

Aktuelle EU-Umwelt-Informationen im Internet

Wenn nicht anders angegeben, handelt es sich um Mitteilungen in deutscher Sprache. Siehe auch "EU-Wegweiser" auf der vorletzten Heftseite.

1. EU-Umweltinformationen

www.umweltdachverband.at/eu-umweltbuero/eunews

Die "EU-News" vom EU-Umweltbüro des österreichischen Umweltdachverbandes bieten tagesaktuell wichtige umweltpolitische Nachrichten aus EU-Kommission, Ministerrat und Parlament.

www.dnr.de/publikationen/infoservice

Der Info-Service des DNR-Redaktionsbüros leitet Nachrichten zur EU-Umweltpolitik (und zu weiteren Umweltthemen) über einen eMail-Verteiler weiter, der hier bestellt werden kann.

<http://reports.eea.eu.int>

Die Europäische Umweltagentur (EEA) liefert wissenschaftliche Berichte zu EU-Umweltthemen, Ergebnisse von internationalen Expertenworkshops, statistische Erkenntnisse über den Zustand der Umwelt in Europa. Meist englisch, einige auch deutsch, als PDF-Dateien abrufbar.

www.eionet.eu.int

Der englischsprachige EIONET-Informationssdienst ist nach Umweltthemen geordnet und enthält nützliche Links (Verweise) zu Organisationen, Informationen über Tagungen und Konferenzen, fachliche Entwicklungen und Vakanzen in Europa.

<http://de.indymedia.org/oekologie>

Die unabhängige Medienplattform Indymedia veröffentlicht unkommentierte Informationen von Basisgruppen und Aktivisten. Die Rubrik Umwelt enthält häufig Nachrichten aus verschiedenen EU-Ländern. Umfangreicher sind die ebenfalls von dieser Seite aus erreichbaren nicht deutschsprachigen Indymedia-Seiten anderer Staaten und Regionen. ▶

2. Umweltexperten im EU-Parlament

www.hiltrud-breyer.de

Internetseite der Grünen-Parlamentarierin und Umweltexpertin Hiltrud Breyer. Einführende und aktuelle Texte und Dokumente zu vielen umwelt- und verbraucherpolitischen EU-Themen, besonders Gentechnik, Energie/Klimaschutz und Tierschutz. Informationen zu EU-Umwelt-Förderprogrammen. Monatliche "EU-Öko-news", kostenloser eMail-Bezug möglich ("Newsletter bestellen").

www.bernd-lange.de

Aktuelle Pressemitteilungen von Bernd Lange, in der sozialdemokratischen Fraktion für Verkehr, Umwelt und Forschung verantwortlich.

www.karl-heinz-florenz.de

Pressemitteilungen des Christdemokraten Karl-Heinz Florenz, umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion.

www.pds-europaservice.de

Seite der Linken-Fraktion zu Förderprogrammen, u.a. auch im Bereich "Umwelt". Keine umweltpolitischen Informationen.

3. Allgemeine EU-Informationen

www.europa-digital.de

Internet-Portal, das die unübersichtlichen offiziellen EU-Internetseiten erschließt und viele zusätzliche und aktuelle Informationen bietet.

<http://europa.eu.int/europedirect>

Kostenloser Internet- und Telefondienst (00800 / 67891011) zu Fragen über die EU und das unübersichtliche Angebot an Internetseiten über Europa; Wegweiserdienst für Bürger/innen (Signpost), Links zu Anlaufstellen in Bürgernähe und bei den EU-Organen, Praktika und Einstellungsverfahren in EU-Organen, Veröffentlichungen u.a.

www.euroseek.com

Professionelle mehrsprachige Suchmaschine für alle mit Europa und der EU zusammenhängenden Informationen.

www.datenbank-europa.de

Informationen über alle Staaten Europas in den Bereichen Geografie, Wirtschaft, Politik, Kultur und Bildung.